

**Warum unser gemeinsamer Kampf
gegen die nationalistischen
Jubelfeiern des deutschen
Imperialismus am 3. Oktober auch
die Kritik an den Aufrufen von
Gruppen wie autonome antifa [f]
oder Ums Ganze erfordert**

**Solidarität
und
Kritik!**

Vorbemerkung

1. Die vorliegende Zusammenstellung dient einem Ziel: der Diskussion. Der Titel heißt bewusst „Solidarität und Kritik!“, denn es zeigt sich doch immer wieder, dass bedingt durch den Alltag der politischen Praxis ernste Diskussionen in den eigenen Reihen und mit anderen Gruppen allzu leicht weggedrückt werden. Ohne Auseinandersetzung, ohne Bereitschaft zur Diskussion kann keine Zusammenarbeit angestrebt werden.
2. Weiterhin werden zunächst im Original die zwei Aufrufe zu den Protesten am 3. Oktober 2011 mit unserer direkten Kritik, dann aber auch einen Aufruf gegen den Einheitsrummel vom 3. Oktober 2009 mit unserer eher indirekten Kritik abgedruckt. Hier wird knapp auf die Probleme eingegangen, die sich aus grundlegenden Differenzen ergeben.
3. Um unsere eigene Position zu den in unseren Kritiken angeschnittenen Fragen zu verdeutlichen, haben wir bewusst drei grundlegendere Stellungnahmen aus dem Jahr 2009 mit veröffentlicht. Wir gehen davon aus, dass so unsere knappe Kritik verständlicher wird und wir auch gleichzeitig Gelegenheit geben, uns zu kritisieren.

Redaktion Gegen die Strömung,
November 2011



1.

Aufrufe zum 3. Oktober 2011

- **Aufruf des Antifa AK Köln, der autonomen antifa [f] u.a und unsere Kritik daran**
- **Aufruf von „IMAGINE THERE'S NO DEUTSCHLAND“ und unsere Kritik daran**

Aufruf des Antifa AK Köln

The only PIIG'S the System! Organisiert den Vaterlandsverrat!

Am 3. Oktober ist es wieder soweit. Während mittlerweile auch in Europa verschiedene Formen der sozialen Auseinandersetzungen als Antwort auf die kapitalistische Reorganisierung stattfinden, zelebriert die BRD in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn die Feier der deutschen Nation. Unter dem Motto „Freiheit.Einheit.Freude – Bewegt mehr.“ feiert sich der stolze Krisengewinner und die „Vorzeigeneration“ Europas ein ganzes Wochenende auf sämtlichen Fest- und Parade meilen selbst. Ein idealer Anlass zur anti-nationalen Intervention: Denn was gibt es an einem 3. Oktober besseres zu tun, als die Deutschland-Party zu stören?

Die Einheitsfeier ändert zwar nichts an der alltäglichen Ohnmacht in den Mühlen von Staat und Kapital, jedoch ist die Identifikation mit dem nationalen „Wir“ ein ideologischer Fluchtreflex vor dem Druck kapitalistischer Konkurrenz und Vereinzlung – zugleich aber ihr bestes Schmiermittel. Die umjubelte „Freiheit“ ist nichts anderes als ein gesellschaftliches Zwangsverhältnis, das die Menschen als Privateigentümer in permanente gesellschaftliche Konkurrenz zueinander versetzt. Gerade vor dem Hintergrund aktueller Krisen geht die Allgegenwärtigkeit der ökonomischen Bedrohungslage des Einzelnen mit der Erfahrung einher, dass die jeweiligen Verwertungschancen von den nationalen Reichtumsproduktionen abhängig sind. Im Moment der Krise rücken Bevölkerung und Staat zur realen national-ökonomischen Gemeinschaft in der Weltmarktkonkurrenz zusammen. Der stinknormale Nullachtelfünfzehn-Nationalismus, die Gewissheit und das Gefühl einer nationalen Zusammengehörigkeit, erlebt in den Erfahrungen der wiederkehrenden Krisentendenzen neue Bedeutung. Sie sind Ausdruck der realen Abhängigkeit des Individuums vom ökonomischen Schicksal „seines“ Staates.

Den deutschen Bienen scheint es aufgrund der ökonomischen Stellung ihres Standortes logisch, dass Aufstand oder Empörung über die miesen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Situation „unangemessen“ ist. Zum Wohle des Standorts lautet das ideologische Motto: Floriert erst das nationale Kapital, geht es uns nicht schlecht oder zumindest immer noch besser als den Anderen. Die sozialen Revolten in Europa dienen den deutschen Standortameisen nicht als Beleg für die Schadhaftigkeit der herrschenden Wirtschaftsordnung. Stattdessen erscheinen Aufstände im Umkehrschluss als Beweis für die Stimmigkeit der eigenen National-

religion, bestehend aus Leistung und stoischem Verzicht. Diese Askese für den Standort wird in Krisenzeiten sodann gleich zum Exportschlager und zum ethischen Leitbild für Europa.

Sirtaki und der große Krisenschlager

Die Staatspleiten der sogenannten „Schweineländer“ der europäischen Peripherie (PIIGS-States) verschaffen den Deutschen zudem einen zusätzlichen ideellen Krisengewinn. Sie scheinen zu belegen, dass die Verzichtspraxis der letzten Jahrzehnte sich bewährt und auszahlt. Die eigene Opferbereitschaft für den Standort schlägt gegenüber den PIIGS in Bestrafungsphantasien um. Sozialchauvinistische Hetze steht auf der Tagesordnung: den „Pleitegriechen“ und „faulen Südländern“ werden soziale Einschnitte an den Hals gewünscht. Die Nicht-Leistung der Überflüssig-Gemachten erscheint als „Faulheit“ und damit als Erpressung an der europäischen Gemeinschaft. Wer sich nicht in die Leistungsmaschinerie einfügt, gilt als „dekadent“. Im medialen Diskurs wird die Europäische Union als eine schicksalhaft zusammengeschweißte Gemeinschaft verklärt; dies geschieht vor dem Hintergrund einer ökonomischen und politischen Abhängigkeit der einzelnen Nationalstaaten untereinander. Zum Zwecke der Geldvermehrung tendiert die öffentliche Krisendebatte zum vollendeten Opportunismus der herrschenden Verhältnisse, zum Sozialchauvinismus erster Güte. An diese Form der ideologischen Krisenverarbeitung setzt der Rassismus á la „Pleitegriechen“ und „faule Südländer“ problemlos an. Die Finanzierungsschwierigkeit der Staatsgewalten in Europa gilt als Beweis für die nationalen Charakterzüge einer Dekadenz und Arbeitsunwilligkeit. Die „Freude“ über die elendigen Verhältnisse in der BRD geht einher mit der rassistischen Forderung, dass den „südlichen Völkern“ die Verhältnisse verpasst werden, die zu ihren defizitär ausgemachten Charakterzügen passt.

Durch die Entfaltung der Staatsschuldenkrise in Europa treten die ökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum in den Vordergrund. Das Projekt EU war stets mit dem Anspruch verbunden, der „dynamischste Wettbewerbsraum“ der Welt zu werden. In der Krise steht die Währungs- und Wettbewerbsunion scheinbar vor ihrem Scheitern. Die innereuropäische Konkurrenz um Wachstumsanteile funktionierte für die Exportökonomie der BRD so gut, dass die europäischen Peripheriestaaten in den Bankrott getrieben wurden.

Als größte Wirtschaft Europas und „Exportweltmeister der Herzen“ hat der deutsche Staat ein besonderes Interesse an der ökonomischen Integration der EU. Seine hervorgehobene Stellung im politischen Geschäft Europas verdankt er sich insbesondere seinem ökonomischen Gewicht. Zugleich galt für die „Führungsmächte“ in Europa (Deutschland, Frankreich) die europäische Integration gerade nur unter dem Vorbehalt der Sicherung und Ausweitung ihrer eigenen ökonomischen Vormachtstellung. Dieser Hackordnung unterwarfen sich die anderen EU-Länder jedoch gerne; durch Markttöffnung und die Nutzung des Gemeinschaftsgeldes Euro, womit sie für niedrige Zinsen Schulden aufnehmen konnten, wollten sie ihren eigenen Standort fürs Weltmarktgeschäft tauglich machen.

Die europäische Union als transnationaler Standort setzte auf die Forcierung der innereuropäischen Konkurrenz, so dass die jeweiligen Staaten die Förderung ihrer Wettbewerbsfähigkeit als selbstständiges Anliegen ihrer Politik entwickeln. Rhetorisch fand diese Übereinkunft aller EU-Staaten lange vor den Schmähungen der „Pleitegriechen“ seinen Niederschlag in der jährlichen Vergabe von Titeln wie „Wachstums-Lokomotive“ oder „Europas rote Laterne“. Jeder Aufbau einer Nation als Standort bedeutet Konkurrenz. In dieser Konkurrenz versucht jede Nation vom Wachstum der anderen Nationen zu profitieren, jedoch geht ihr Profit ebenfalls auf Kosten der anderen Nationen. Im nationalen Verzicht auf eine eigene Währung bestand zudem die Möglichkeit, das Gemeinschaftsgeld für seinen nationalen Wachstumserfolg in Anspruch zu nehmen. Doch durch die Freiheit der Haushalte konnte sich jeder Staat in einem gemeinsamen Geld verschulden und damit den anderen Euro-Staaten die Freiheit ihrer Verschuldung begrenzen. Dieser Widerspruch tritt als Staatsschuldenkrise in Erscheinung, Kern dieses Widerspruches bleibt Europa als Wettbewerbsgemeinschaft und das zu ihr gehörige Projekt des Euros. In der Krise bewegt sich die innere Einheit Europas stets in den scheinbar äußeren Gegensätzen von nationaler Vorteilsuche der jeweiligen Staaten und dem Gemeinschaftsprojekt aller EU-Staaten, „Europa“ als Weltmacht auf die Bühne der Geschichte zu heben und den Euro, als wirkendes und geltendes globales Geschäftsmittel (Weltgold) neben den Dollar zu installieren.

Kommunismus statt EU!

Die in der Staatsschuldenkrise gespannten „Milliarden-schirme“ werden als selbstlose Rettungsaktion verkauft. Jedoch basieren die ergriffenen Maßnahmen keineswegs auf etwas wie einer Solidargemeinschaft. Durch die staatliche Neujustierung sollen die europäischen Weltmachtambitionen verteidigt werden.

Die „Rettungspakte“ werden daher auch nur im Tausch gegen die finanzpolitische Souveränität über die Haushalte einzelnen Staaten gewährt. Mit der Begründung, es gelte verantwortungslose „Schuldenmachierei“ zu unterbinden, wird den zahlungsunfähigen Ländern von der Europäischen Zentralbank (EZB) in Kooperation mit der Brüsseler Kommission und dem Internationalen Währungsfond (IWF) – zusammen „Troika“ genannt – der Haushalt geführt. Jedes in finanzielle Nöte geratene Land hat von diesem Maßstab aus neuerdings kein unmittelbares Anrecht mehr auf die Nutzung des Geldes als Kreditmittel zur Wirtschaftsförderung. Die von der „Troika“ verordneten „Austeritäts-Programme“ dienen offiziell dem Ziel, den strauchelnden Ländern „Anpassungen“ zur Wiederherstellung ihrer Konkurrenzfähigkeit abzuverlangen. Tatsächlich aber verordnet die europäische Haushalt-Aufsicht ein nationales Schrumpfen, das der Entwertung des gesamten Inventars dieser Nationen so nahe kommt, wie sie ein offizieller Staatsbankrott erzwungen hätte. Der Charakter dieser Krisenlösung ist die politische Festschreibung der ökonomischen Hierarchie innerhalb der Währungsunion. Die „Rettung des Euros“ buchstabiert sich als europäische Pflicht – als Gemeinschaftsprojekt, dass die Lohnabhängigen durch die Entwertung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse zu leisten haben.

Das absehbare Ergebnis der Neuordnung des europäischen Herrschaftsregimes ist die politisch kalkulierte Vereinigung breiter Teile der Bevölkerungen und die Festschreibung der Vormachtstellung der BRD in „Deutsch-Europa“. Dass bei diesem Programm die ideelle Feindschaft zwischen den Sieger- und Verlierernationen dieser Ordnung gehegt und gepflegt wird, versteht sich von selbst.

Antinationalismus muss praktisch werden!

Dieser radikalen Reorganisation der kapitalistischen Verwertung in den europäischen Ländern begegnen diverse soziale Kämpfe, die sich der neuen europäischen Rechnungsweise nicht unterwerfen wollen. Der Kampf gegen die Entwertung der Lebensordnungen gerät in Widerspruch zum herrschenden Zwang der politisch verordneten „Schuldenbremse“.

In **Griechenland** spitzen sich die sozialen Konflikte seit längerem zu, sozialer Frieden ist für den Moment vergessen. Bereits seit der Dezember-Revolte 2008 stellen größere, radikale Zusammenhänge den griechischen Staat des Kapitals in Frage. Zugleich ist neben den routinierten Generalstreiks der Gewerkschaften anlässlich der EU-Spardiktate im Sommer 2011 eine bürgerliche „Empörten-Bewegung“ entstanden. Innerhalb dieser verschiedenen Bewegungen wird die

soziale Krise als von „Außen“ aufgedrückt verstanden; nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen. Hierdurch übernehmen die Protestierenden die Perspektive des griechischen Staates in seiner problematischen Abhängigkeit vom Diktat der Troika als ihre zentrale Angelegenheit. In solchen Vorstellungswelten erscheint Griechenland als eine „unterdrückte Nation“, und nicht als der bürgerliche Staat in seiner Funktion des Standortmanagers für das heimische wie internationale Kapital. Staats-Imperative, wie z. B. Wachstum und Konjunktur, werden von der Protestwelle übernommen, statt deren herrschaftlichen Charakter der Kritik zu unterziehen. Eine kommunistische Agitation klagt dagegen den Irrsinn des großen Ganzen an und verlangt dessen Niedergang.

Auf den Protestcamps in Spanien spukt ein ähnlicher „Empörungs“-Geist wie in Athen. Die Klage über eine „undemokratische“ Politik nimmt die angeblich alternativlose Durchsetzung europäischer Krisenpolitik ins Visier, der mit der Forderung nach „echter Demokratie“ und „Freiheit“ begegnet wird. Doch die Hochhaltung dieser Ideale vermag keine passende Antwort auf die europaweiten, sozialen Einschnitte zu geben. Schließlich sind es diese Ideale der bürgerlichen Ordnung selbst, die in der Krise zum Vorschein kommen. Die utopische Sehnsucht, die bürgerlichen Ideale aufzufrischen und die Nation zum Besseren zu ändern, verbleibt nur in Perspektivlosigkeit und Entmachtung. Stattdessen setzt ein antinationaler Ansatz auf die Negation bürgerlich-kapitalistischer Ordnung.

Die Riots der Vororte in England verkörpern eine andere Form von Krisenverarbeitung. Anstatt einer Verherrlichung der Ideale der bürgerlichen Ordnung vollzog sich eine Organisierung der Überflüssig-Gemachten als Bande im Aufstand. Die Reproduktionskrise der in die Elendsquartiere Verbannten fand seine absehbare Antwort im Raub und der Plünderung, im Angriff auf die Institutionen des Rassismus und Sozialchauvinismus sowie in blinder Zerstörungswut. Der britische Staat reagierte mit dem juristischen Ausnahmezustand, der unter dem Stichwort „Law and Order“ nur noch die Frage der Kapazitäten der Knäste kennt. Gegen die Option des Bandenraubs und der weiteren autoritären Formierung ist eine kommunistische Perspektive jenseits von Ausgrenzung und Integration zu formulieren.

Jenseits von „Empörung“ und Riots steht die BRD bisher als Krisengewinner dar. Die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaften zum „Gürtel enger schnallen“ geht einher mit der sozialchauvinistischen und rassistischen Hetze in der demokratischen Meinungsbildung. Die Verwertbarkeit des Kapitals wird als Verteidigung der eigenen nationalen Machtmittel gedacht, denn die „faulen Südländer“ machen „unseren Euro“ kaputt. Aus

ihrem ideellen Anspruch auf den Euro als Mittel zur weiteren Vermehrung des nationalen Eigentums entspringt der Chauvinismus, wenn nötig den „Südländern“ mittels Zwang zum Glück europäischer Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen. Eine antinationale und kommunistische Intervention richtet sich gegen die sozialchauvinistische Stimmungsmache nach „innen“ wie nach „außen“ und hält die Flamme grenzüberschreitender Solidarität gegen den Irrsinn vom einem immer schnelleren „Rennen, Rackern und Rasen“ im Hamsterrad der kapitalistischen Konkurrenz hoch.

Gegen die weitere Durchsetzung von Krisennationalismus, Leistungsterror und Standortpolitik gilt es den revolutionären Defätismus – die Einsicht, dass ein gutes Leben nur in der Niederlage der eignen Nation zu finden ist – zu stärken. Weder die reformistischen Anbiederung an den Zwangszusammenhang aus Staat und Nation, Kapital und Lohnarbeit, noch der selbstzufriedene Rückzug auf die Position der kritischen Kritiker*innen vermag die notwendigen Schritte zur Assoziation freier Individuen zu beschreiten. Erst wenn sich den Standortpolitiken kollektive Verweigerung und gemeinsame Kämpfe für die eigenen, radikalen Bedürfnisse entgegenstellen, dann steht die Krise als eine des Kapitalismus, und nicht – wie bisher – seines „unflexiblen Humankapitals“ überhaupt erst auf der Tagesordnung.

Egal ob in Athen, Madrid oder London: antinationale Kritik fokussiert immer die Mühen ideologischer Widerspruchsbereinigung sowohl in der kapitalistischen Normalität als auch in dessen Krisenverwaltung. Ohne in naiven Bewegungsoptimismus zu verfallen, ergeben sich in den Kämpfen immer wieder Ansatzpunkte theoretischer und politischer Radikalisierung. Der Kampf um ein besseres Leben gelingt eben nur als soziale Revolution. Bis dahin greifen wir den ideellen Rückhalt für Staat und Kapital an und organisieren den Vaterlandsverrat. Die Einheitsfeierlichkeiten in der alten Bundeshauptstadt sind der ideale Anlass, um der Freude und Sorge um Deutschland mit der Idee des Kommunismus zu begegnen.

Für einen internationalen Antinationalismus!

02. und 03. Oktober: Heraus auf sämtliche Partymeilen von „schwarz-rot-geil“!

Auf nach Bonn!

Der Aufruf wird unterstützt von:

autonome antifa [f] (FF/M), Basisgruppe Antifaschismus (Bremen), Radical [M] (Göttingen), Fast Forward Hannover, Gruppe Kritik & Intervention (Bielefeld), TOP B3rlin & Anarchistische Gruppe Freiburg

Kritik am Aufruf des Antifa AK Köln u.a.

Es ist uns wichtig, als erstes festzuhalten: Angesichts der desolaten Lage der revolutionären Kräfte in Deutschland begrüßen wir es ausdrücklich, dass sowohl Gruppen aus dem Spektrum von „Ums ganze“ als auch die Kräfte um „Imagine there's no Deutschland“ **den Kampf gegen den deutschen Nationalismus, den Kampf gegen den deutschen Imperialismus auf die Straße tragen.**

Wir begrüßen auch **Ansätze für Kritik** – so etwa die indirekte Kritik von „Imagine there's no Deutschland“, die wir im Großen und Ganzen trotz einiger Einwände für richtig halten, insbesondere den Kernpunkt der Kritik, dass Kontinuitäten und Besonderheiten der deutschen Geschichte nicht wegoperiert werden dürfen.

Wir selbst haben auch schon des Öfteren versucht, Diskussionen anzuregen, Kritiken am „Ums Ganze“-Bündnis und ihrer Parole „Staat.Nation.Kapital. Scheiß!“ formuliert. Wir warten auf Antwort und sind gerne zur Diskussion bereit. (Siehe Flugblatt von Gegen die Strömung 9/2010, „Überlegungen zur Lösung: „Staat, Nation, Kapital: Scheiße““.)

Doch bei der uns heute notwendig erscheinenden Kritik an dem Aufruf „Organisiert den Vaterlandsverrat!“ geht es nicht um sicherlich wichtige, aber doch eher theoretische Fragen, sondern um zentrale Fragen der internationalen Solidarität mit den Kämpfen in Griechenland, Spanien und England.

In dem auf der Rückseite vollständig abgedruckten Aufruf mag es zunächst so scheinen, als ob die Massenbewegungen in Spanien und Griechenland sozusagen „von links“ als reformistisch und nicht revolutionär genug kritisiert werden. Doch der Schein trügt.

1. Kritik: Griechenland – Der faule Versuch, den Kampf in Griechenland, der sich auch gegen den deutschen Imperialismus richtet, als Übernahme der „Perspektive des griechischen Staates“ zu diffamieren: „nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen“.

In der Haltung zu den Kämpfen in Griechenland heißt es:

„In Griechenland spitzen sich die sozialen Konflikte seit längerem zu, sozialer Frieden ist für den Moment vergessen. Bereits seit der Dezember-Revolte 2008 stellen größere, radikale Zusammenhänge den griechischen Staat des Kapitals in Frage. Zugleich ist neben den routinierten Generalstreiks der Gewerkschaften anlässlich der EU-Spardiktate im Sommer 2011 eine bürgerliche ‚Empörten-Bewegung‘ entstanden. Innerhalb dieser verschiedenen Bewegungen wird die soziale Krise als von ‚Außen‘ aufgedrückt verstanden; nicht selten erscheint die Dominante Europas, die BRD, als Ausgemach des Bösen. Hierdurch übernehmen die Protestierenden die Perspektive des griechischen Staates in seiner problematischen Abhängigkeit vom Diktat der Troika als ihre zentrale Angelegenheit. In solchen Vorstellungswelten erscheint Griechenland als eine ‚unterdrückte Nation‘, und nicht als der bürgerliche Staat in seiner Funktion des Standortmanagers für das heimische wie internationale Kapital. Staats-Imperative, wie z. B. Wachstum und Konjunktur, werden von der Protestwelle übernommen, statt deren herrschaftlichen Charakter der Kritik zu unterziehen. Eine kommunistische Agitation klagt dagegen den Irrsinn des großen Ganzen an und verlangt dessen Niedergang.“

Hier zeigen sich zwei Probleme:

Erstens: Zunächst geht es um eine unfassbare Arroganz und Großmäuligkeit. Es ist sicherlich wahr und unbestreitbar, wie auch von den griechischen Genossinnen und Genossen zu erfahren ist, dass in großen Massenbewegungen auch noch große Illusionen eine mächtige Rolle spielen und üble reaktionäre und reformistische Kräfte noch kräftig mitmischen und in vielerlei Hinsicht sogar noch dominierend sein können. Auf diese Ambivalenz hinzuweisen ist aber allemal **kein Grund, für eine derartige Diffamierung einer im Kern berechtigten Massenbewegung gegen Verelendung, verschärftete Ausbeutung und Unterdrückung.**

Zweitens: In ihrer Haltung zu den Kämpfen in Griechenland wird zugleich in einer Art und Weise **der deutsche Imperialismus in Schutz genommen**, die für revolutionäre Kräfte in Deutschland, die für sich in Anspruch nehmen, für den Kommunismus

zu kämpfen, völlig undialektisch, kein bisschen materialistisch und im Grunde deutsch-nationalistisch ist. Die Position ist nicht dialektisch, weil sie nicht die Wechselwirkung und den inneren Zusammenhang erfasst zwischen der **Notwendigkeit, sowohl einen Kampf gegen die herrschende Klasse in Griechenland zu führen als auch den Kampf gegen die mächtige Expansion des deutschen Imperialismus** (und anderer imperialistischen Mächte) in Griechenland zu führen. Für alle revolutionären Kräfte, die sich jemals mit der Geschichte der Klassenkämpfe in den letzten mehr als 100 Jahren beschäftigt haben, könnte doch eigentlich klar sein, dass sich der Kampf gegen diese beiden Fronten nicht ausschließt und das Gegeneinander-Ausspielen zu den Sabotage-Manövern der herrschenden Klasse gehört. Und ist es denn so schwer zu verstehen, dass der **Schwerpunkt** der Entlarvung der Verbrechen in verschiedenen Ländern aus ganz handfesten materialistischen Gründen **unterschiedlich** sein muss? Wenn die griechischen Genossinnen und Genossen vorrangig gegen die herrschende Klasse in Griechenland und ihren Staat kämpfen, ohne dabei auf den Kampf gegen den deutschen Imperialismus und andere imperialistische Mächte zu verzichten, ist das völlig berechtigt. Und wenn die Revolutionäre in Griechenland sich dagegen wehren, dass dort reformistische Kräfte so tun, als ob Ausbeutung und Unterdrückung ihre Ursachen „nur“ außerhalb Griechenlands haben, dann ist das ebenfalls völlig berechtigt. Absurd wäre es, wenn sie sich lediglich in die abstrakte Phrase verließen würden, dass der deutsche Imperialismus und andere Imperialisten keine Rolle spielen und nicht bekämpft werden dürfen.

Noch absurder aber ist es, wenn **eine Gruppe in Deutschland** ausdrücklich mit pseudo-marxistischen Allgemeinplätzen über ‚Kapitalismus‘, ‚System‘, den ‚Einzelnen und das Eigentum‘ den **Kampf gegen den deutschen Imperialismus in Griechenland für falsch erklärt, ja sogar versucht lächerlich zu machen**. Zur Dialektik in dieser Frage gehört eben auch, dass internationalistisch denkende Revolutionäre in Deutschland den Schwerpunkt ihrer Entlarvung auf die Verbrechen des deutschen Imperialismus, in diesem Fall in Griechenland, legen und nicht dulden, dass die besonderen Verbrechen des deutschen Imperialismus vertuscht werden mit Phrasen über das System im allgemeinen.

Eine materialistische Herangehensweise an diese Frage erfordert übrigens eine möglichst exakte, wis-

senschaftliche, gut verständliche und überzeugende Darstellung, die wirklich von der Lage der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger in Griechenland ausgeht, in welchem Umfang und wie Ausbeutung und Unterdrückung in Griechenland von der inneren Reaktion und insbesondere dem deutschen Imperialismus wirklich verschärft werden.

* * *

Dahinter steht als noch größere grundlegendere Frage: Nur Naivlinge können die Gefahr aus dem Auge verlieren, dass die Truppen des deutschen Imperialismus – in welcher Verschleierung auch immer – im Endeffekt auch dazu da sind, sogenannte Schulden einzutreiben und „deutsches Eigentum“ in Griechenland zu sichern, wenn andere Mechanismen nicht mehr greifen und sich eine revolutionäre Massenbewegung in Griechenland in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln sollte.

2. Kritik: England – Statt wirkliche Solidarität werden die Kämpfe in England im Stil des üblen Hetz-Journals „junge Welt“ mit einer pauschalisierenden Sprache diffamiert, die zutiefst unsolidarisch ist: bürgerliche Phrasen über „Raub“, „Banden“ und „blinde Zerstörungswut“.

Zu den Kämpfen in England heißt es:

„Die Riots der Vororte in England verkörpern eine andere Form von Krisenverarbeitung. Anstatt einer Verherrlichung der Ideale der bürgerlichen Ordnung vollzog sich eine Organisierung der Überflüssig-Gemachten als Bande im Aufstand. Die Reproduktionskrise der in die Elendsquartiere Verbannten fand seine absehbare Antwort im Raub und der Plünderung, im Angriff auf die Institutionen des Rassismus und Sozialchauvinismus sowie in blinder Zerstörungswut. Der britische Staat reagierte mit dem juristischen Ausnahmezustand, der unter dem Stichwort ‚Law and Order‘ nur noch die Frage der Kapazitäten der Knäste kennt. Gegen die Option des Bandenraubs und der weiteren autoritären Formierung ist eine kommunistische Perspektive jenseits von Ausgrenzung und Integration zu formulieren.“

Nun. Bei allem Respekt vor gewiss bewundernswertem Einsatz im Kampf gegen die Nazis und vor den Bemühungen im Kampf gegen den deutschen Nationalismus, hier bleibt einem beim Lesen die Spucke weg. **Im Stil des üblen Hetz-Journals „junge**

Welt“ werden die Kämpfe in England diffamiert mit einer pauschalisierenden Sprache, die zutiefst unsolidarisch ist. Statt Analyse – dumme Sprüche! Von einem revolutionären Standpunkt ist nichts mehr zu spüren, wenn pseudo-psychologisch eine „Zerstörungswut“ diagnostiziert wird und gar noch kriminaltechnisch von „Banden“ die Rede ist. Dahinter steht das völlige Unverständnis, dass in militanten und auch revolutionären Massenbewegungen nicht alles nach Schema F vonstatten gehen wird und gehen kann, und dass gerade große Teile der Massenbewegung in England mit der verfluchten Ideologie des friedlichen Weges um jeden Preis und „ja-keine-Laterne-zerstören“ gebrochen haben.

Im Übrigen gilt: Mögliche berechtigte Kritik überlassen wir in erster Linie den Genossinnen und Ge-
nossen in England. **Für uns steht an erster Stelle:
Solidarität!**

Wir können uns schwer vorstellen, dass die Aktivistinnen und Aktivisten von solchen Gruppen wie autonome antifa [f] sich diesen wirklich übeln Diffamierungen der militanten Massenbewegungen in England anschließen werden – für uns zeigt sich hier eher, dass sich der primitive Grundsatz der Gruppe „Gegenstandspunkt“, die nichts wirklich analysiert, sondern jeden außer sich selbst zum Idioten erklärt, durchsetzen könnte.

3. Kritik: Zur Sprache – Die pseudo-wissenschaftliche, im Kern gegen die Aufklärung gerichtete wabbelige Verschleierungssprache ist nichts als ein Zugeständnis an den vorherrschenden Antikommunismus!

Auch wenn es gegenüber diesen gravierenden Kritiken möglicherweise nebensächlich erscheint, müssen wir doch, da wir ja den ganzen Aufruf abdrucken, auch ein paar Worte über die Sprache dieses Aufrufes loswerden. Seit Marx in seinen zwei großen Schriften „Über die Heilige Familie“ und „Die deutsche Ideologie“ die Phrasen der deutschen und wahren Sozialisten sprachgewaltig aufs Korn nahm, entlarvte und widerlegte, sollte eigentlich klar sein, dass die Flucht in die Phrase, in die Niederungen der allgemeinphilosophischen Begriffe nichts, aber auch gar nichts zur Aufklärung beitragen kann. **Die pseudo-wissenschaftliche, im Kern gegen die Aufklärung gerichtete Verschleierungssprache ist nichts als ein Zugeständnis an den vorherrschenden Antikommunismus:** Statt von Arbeiterklasse ist von „Bienen“ oder „Standortameisen“ die Rede. Statt von Imperi-

alismus und Klassenkämpfen wird in sozialdemokratischer Verschleierungssprache von „Dominante Europas“ und „Kampf um ein besseres Leben“ geredet. Kurz: Es wird eine Sprache gewählt, die für die „gehobenen Kreise“ abstrakter Kritiker des Kapitalismus eben annehmbar ist, ohne Gefahr zu laufen, dass es eine Theorie ist, die, wenn sie die Massen ergreift, zur materiellen Gewalt gegen die herrschende Klasse werden kann. Mit Marx hat diese Sprache jedenfalls nichts zu tun.

Mag sein, dass auch unsere Sprache in unseren Flugblättern in der Tradition der kommunistischen Bewegung diesem oder jenem zu antiquiert erscheint. Keine Frage, wir stellen uns der Kritik und werden sie beantworten ohne dem Antikommunismus Zugeständnisse zu machen. Wir jedenfalls suchen die Diskussion und werden auf eine Antwort wiederum antworten.

Gegen die Strömung,
1. Oktober 2011

IMAGINE THERE'S NO DEUTSCHLAND

Am 03. Oktober 2011.

Gegen Deutschland. Immer noch, Immer wieder!

I. Neues, altes Deutschland

Mit dem Fall der Mauer und der „Wiedervereinigung“ wurde das Ende der Nachkriegsära eingeleitet. Eine der sichtbarsten Folgen von Nationalsozialismus und Auschwitz – die deutsche Teilung – wurde aufgehoben, die aus dem alliierten Sieg folgende geopolitische Schwächung Deutschlands beendet. Vorbei waren die Zeiten, in denen ein „Bundesrepublik“ voran- oder ein „Demokratische Republik“ nachgesetzt werden musste. Ohne die alliierte Aufsicht brach ungehemmt hervor, was ohnehin nie ganz besiegt oder aufgearbeitet war: Pogrome in Hoyerswerda, Mannheim und Rostock-Lichtenhagen, Brandanschläge in Mölln, Lübeck und Solingen sprachen eine deutliche Sprache der deutschen Einheit – die mehrheitlich als völkische, im Blut liegende, verstanden wurde. Bereits der Begriff der „Wieder“-Vereinigung macht das deutlich: Er unterstellt, es sei zusammengekommen, was schon immer zusammengehört habe – und dessen Teilung unerträglich sei. Was da durch die schlichte Annexion der DDR vereinigt wurde, ein Deutschland in diesen Grenzen, hatte es jedoch vorher nie gegeben. Am ehesten entspricht es noch den Grenzen der Weimarer Republik und des „Dritten Reiches“ bis zum „Anschluss“ Österreichs. Weite Teile des heutigen Polens gehörten 1918 wie 1937 ebenfalls noch zu „Deutschland“ – ein noch bis heute geäußerter Anspruch. Plakativ zeigte er sich 1991 an der Wiederaufnahme des bis zum Kriegsende gültigen Namens „Mitteldeutscher Rundfunk“ für den in Leipzig sitzenden Sender: Eine faktische Nicht-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Diese musste bei den Verhandlungen zur „Wieder“-Vereinigung von Polen unter massivem Widerstand der deutschen Regierung erstritten werden.

Die sich in dieser Klarheit offenbarenden volksmeinschaftlichen Kontinuitäten in Denken und Handeln der Deutschen im Jahre 1989 markierten eine Zäsur, der sich linke Kritik stellen musste. Spätestens jetzt hätten auch die letzten Linken einsehen müssen, dass eine radikale Kritik an nationaler Vergemeinschaftung auf rassistischer Grundlage und an der Relativierung von Auschwitz nötig war. Denn das völkische Denken war gesamtgesellschaftlicher Konsens, was sich unter anderem in der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl zeigte, die im „Asylkompromiss“ von CDU, CSU, FDP und der SPD-Opposition mit vereinten Kräften beschlossen wurde. In den Angriffen auf die als fremd Markierten setzte der deutsche

Mob auf der Straße durch, was später im Bundestag in Gesetzesform gegossen wurde: „Wir sind ein Volk“.

Eine weitere Zäsur stellte die 1998 von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete „Berliner Republik“ dar. Das Bild der Nation wandelte sich. Seit dem „Sommermärchen“ 2006 präsentieren Medien wie Politiker_innen stolz die vielen „Migrant_innen“, die in den deutschen Fußball-Nationalteams spielen. Und tatsächlich gibt es konkrete Veränderungen im Staatsbürgerschaftsrecht, Samy Deluxe findet Deutschland mittlerweile ganz knorke und in jeder Deutschland-Werbung werden people of colour inszeniert. Allerdings wird die völkische Vorstellung der Nation auf mehreren Ebenen fortgesetzt: Für die, die da ganz happy das „moderne Deutschland“ propagieren, gelten die Özils, Kadiras und Jones ja gerade nicht als „normale Deutsche“, sondern sind – reduziert auf ihren „Migrationshintergrund“ – nur die Aushängeschilder der vermeintlichen Modernisierung. Für den Mob und die Medien sind sie gerade gut genug, wenn sie Tore schießen, gleichzeitig wird aber ganz genau hingeschaut, ob „die“ auch die Nationalhymne mitsingen und sich auch gegen die Türkei richtig ins Zeug legen. Die Integrationsdebatte des letzten Jahres hat gezeigt, dass mittlerweile auch CDU-Poliker_innen mehr „gezielte“ Einwanderung fordern. Sie haben erkannt, dass es besser ist, den völkischen Nationalismus nicht offen zu formulieren, und dass Immigration ökonomisch unausweichlich ist. Doch auch wenn dies bedeutet, dass es für einen Menschen etwa aus Pakistan mit technischer Ausbildung evtl. einfacher wird, einen Aufenthaltsstatus zu bekommen, vielleicht sogar einen deutschen Pass, wird ihn_sie die Frage, wo er_sie denn „eigentlich herkommt“, ein Leben lang begleiten. Eine Frage, die auch fällt, wenn es sich um die Kinder bereits Eingewandter handelt. Es bleibt dabei: Richtig deutsch ist, wer von Deutschen abstammt.

Seit der Berliner Republik findet auch eine offensive Umkehr in der Erinnerungspolitik statt. Die zuvor noch abgewehrte Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen wurde institutionalisiert. Was früher beschwiegen wurde, legitimiert heute unter ständigem Gerede von „Verantwortung“ deutsche Politik. Die Vergangenheit wird nicht mehr geleugnet, stattdessen deren „Aufarbeitung“ in den Vordergrund gestellt. Während die Deutschen sich zuvor mittels Schweigen einer ernsthaften Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte entzogen, tun sie es heute durch die

Guidoknoppisierung der Geschichte und das Geschwätz von „deutschen Opfern“ in Dresden. Diese Pseudoreflexion wird dabei noch zum moralischen Alleinstellungsmerkmal aufgewertet: Ausgerechnet mit den deutschen Verbrechen begründete der grüne Außenminister Joschka Fischer den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr gegen das in diesem Jahrhundert bereits zum dritten Mal von Deutschen attackierte Serbien. Auschwitz und seine „Aufarbeitung“ verkommen somit zur ideologischen Rechtfertigung für Deutschland, seine Interessen im Ausland auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Heute ist Deutschland wieder Global Player, Exportweltmeister und die Führungsmacht in Europa. Selbstbewusst wird mittlerweile ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat gefordert, in dem Gremium also, das als Reaktion auf die deutschen Angriffskriege gegründet worden war. Nach den USA hat die Bundeswehr die meisten Soldat_innen auf dem Erdball verteilt, Deutschland ist weltweit drittgrößter Rüstungsexporteur. Daran wird auch die Krise nichts ändern. Am Entwurf der europäischen Krisenreaktion ist Deutschland federführend beteiligt, sie folgt somit insbesondere deutschen Wünschen. Hier wirken ideologische wie wirtschaftliche Interessen zusammen: „Old Europe“ soll als Gegenmacht zu den USA in Stellung gebracht und gleichzeitig der Euro-Raum im Sinne deutscher Tugenden zu Fleiß und Sparsamkeit angehalten werden – und nebenbei sollen alle EU-Staaten ordentlich deutsche Produkte importieren. Dies geschieht zu Lasten der „Pleite-Griechen“, denen, begleitet von einer Hetzkampagne gegen „faule Südländer“, ein bei spielloses Sparprogramm diktiert wird, ohne dass die Auswirkungen deutscher Niedriglohn- und Handelspolitik auf die anderen EU-Staaten ins Visier geraten.

Eine heutige Kritik an Deutschland muss etwas zu dieser spezifischen deutschen Situation zu sagen haben. Wenn sie den hiesigen Verhältnissen angemessen sein soll, muss sie die Kritik eines Nationalismus beinhalten, der sich in Deutschland immer völkisch formierte und sich notwendig auf Auschwitz beziehen muss.

II. Deutscher Sonderweg

Auschwitz, der industrielle Massenmord, war mehr als der bis heute gern postulierte „Betriebsunfall“. Bereits im Kaiserreich proklamierten die Deutschen einen Sonderweg, der sich sowohl gegen die aufklärerischen Entwicklungen in Frankreich als auch gegen das „rückwärtige“, zaristische Russland abzugrenzen suchte. Dem stellten sie das Konstrukt einer deutschen Kultur und eine Ideologie von Gehorsam, Treue und Hingabe an die Gemeinschaft entgegen. Gerüstet mit diesen „Tugenden“ und der Vorstellung, die Welt solle am „deutschen Wesen“ genesen, wurden der Koloni-

alismus und die Mobilmachung für den Ersten Weltkrieg untermauert.

Selbstverständlich gibt es keinen „normalen“ Weg in die kapitalistische Moderne, auch die Entwicklung der „westlichen“ Gesellschaften war blutig, gewaltvoll und mörderisch. Jedoch bleibt die immer wiederkehrende Frage, warum keine andere Nation versuchte, sich der Widersprüche der gesellschaftlichen Modernisierung durch die restlose, industriell betriebene Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden, Sinti und Roma zu entledigen. Der deutsche Sonderweg und die deutsche Ideologie zeichnen sich bis heute durch eine aufklärungsfeindliche und autoritätshörige Gesinnung aus, welche auf die besondere politisch-ideologische sowie ökonomische Entwicklung im Verlauf der deutschen Staatsgründung zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu anderen Staaten blieb die bürgerliche Revolution in Deutschland aus – dem in den deutschen Staaten immer schon schwachen Bürgertum gelang es nie, über den Ständestaat zu triumphieren, das deutsche Volk konstituierte sich nie als politischer Souverän, sondern immer als Blutgemeinschaft. Die späte Staatsgründung ging nicht als revolutionärer Prozess, sondern als großmachtpolitische Reichsgründung vonstatten. Gleichzeitig gelang eine rasante ökonomische Modernisierung und Transformation im Sinne der Kapitalakkumulation. Den daraus entstehenden sozialen Verwerfungen wurde in Deutschland in dieser autoritär-völkischen Tradition mit der Schließung der Volksgemeinschaft als Form einer reaktionären Modernisierung begegnet.

Wer behauptet, Deutschland habe nie einen Sonderweg beschritten oder ihn mittlerweile verlassen, kommt nicht drumherum, Auschwitz und seine Wurzeln im völkischen Nationalismus zu leugnen, zu verharmlosen oder zu relativieren.

III. Deutsche Arbeit

Die Tradition der deutschen Obrigkeitshörigkeit wurzelt in einer spezifischen Vorstellung von Arbeit, welche sich auch im „autoritären Charakter“ findet. Das deutsche Arbeitsethos wurde seit der Reformation entscheidend durch die Überzeugung geprägt, dass Arbeit an sich von moralischem Wert, also Selbstzweck sei, und so das arbeitende Subjekt in die Gesellschaft integriere. Im Calvinismus Englands hingegen definiert sich Arbeit vor allem über ihren Output, also über das gefertigte Produkt sowie den produzierten Tauschwert. Der Zwang zur Arbeit wurde nur in den deutschen Staaten zu einem positiv besetzten und selbst auferlegten Drang, tätig zu sein. Für alle als „Nicht-Arbeitende“ oder als „Zigeuner“ Stigmatisierten gab es keinen Platz, sie wurden als Gefahr für die Gesellschaft verfolgt. Die größte Bedrohung jedoch sah schon Martin Luther in „den Juden“, die vor allem mit der

abstrakten Zirkulationssphäre assoziiert und als Wucherer zum raffenden Negativ der schaffenden deutschen Arbeiter_innen stilisiert wurden.

Die deutsche Ideologie der Arbeit versteht diese nicht als notwendige Naturbeherrschung und materielle Existenzsicherung, sondern als Beitrag der Einzelnen zum Wohle des Volkes. Partikularinteressen werden als egoistische Schädigung der nationalen Gemeinschaft geächtet. Im Kapitalismus generiert sich Arbeit als „Vergegenständlichung vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen“ (Moishe Postone), wird jedoch nicht als solche erkannt. Vielmehr gehen die arbeitenden Subjekte davon aus, einem schöpferischen Prozess nachzugehen. Eigentlicher Zweck der Lohnarbeit ist jedoch die Schaffung von Mehrwert durch die Verausgabung abstrakt menschlicher Arbeit. Die verschleierte Entfremdung von der eigenen Arbeitskraft manifestiert sich im Ressentiment gegen den abstrakten Teil des Produktionsprozesses, welchem wiederum im Stereotyp des „raffenden Juden“ ein Gesicht gegeben wird. Diese Vorstellung kulminierte im Nationalsozialismus in der Gegenüberstellung von „Arier“ und „Jude“. Antikapitalismus in seiner deut-schesten Variante versuchte, Entfremdung und Klassenspaltung ein für alle mal in der Volksgemeinschaft aufzulösen: An Stelle einer dialektischen Kritik von Wert und Ware trat die „Endlösung der Judenfrage“.

Als im Mai 1945 dem Vernichtungswahn durch die alliierten Streitkräfte ein Ende gesetzt wurde, hatten die Deutschen sechs Millionen Jüdinnen_Juden, eine halbe Million Sinti und Roma sowie unzählige andere „Volksfeinde“ ermordet. Und als wäre nichts gewesen, gingen sie zurück an die Arbeit. Diese funktionierte weiter als scheinbar vorpolitisches Größe, an der sie sich aufrichten konnten. So wurde in Westdeutschland die Erinnerung an Deportationen und Massenvernichtung durch die lebhaften Bilder eifriger Trümmerfrauen und den Stolz auf das „Wirtschaftswunder“ ersetzt: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen.“ (Franz-Josef Strauß, 1969) Dabei wird der immense Vorteil unterschlagen, den deutsche Firmen aus Zwangsarbeit und „Arisierungen“ zogen. Auch die großzügige Unterstützung durch die Alliierten und der Erlass der deutschen Kriegsschulden Anfang der Fünfziger Jahre – motiviert durch den beginnenden Kalten Krieg – sowie die weitgehende Ablehnung sogenannter „Entschädigungszahlungen“ an ehemalige Zwangsarbeiter_innen und Opfer der Deutschen Arisierungs- und Vernichtungspolitik spielen in der deutschen Erinnerung keine Rolle.

Die Vorstellung von Gesellschaft als einig für die Gemeinschaft arbeitendes Volk besteht fort, Arbeit

bleibt in Deutschland Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Integration. Während Arbeitslose in Frankreich mehr Geld fordern, schreien sie hierzulande nach Arbeitsplätzen. Denn „Vollbeschäftigung“ wird nicht als Drohung empfunden, sondern ist immer noch ein gern gesehenes Wahlversprechen. Im Ein-Euro-Job zeigt sich die ganze Sinnentleertheit deutscher Arbeit. Oft wird hier nicht einmal Mehrwert erzeugt, sondern bloß der Zwang zu Arbeiten dort durch den Staat aufrechterhalten, wo der Markt nicht mehr greift. In Deutschland ist gesellschaftliche Teilhabe immer an Lohnarbeit gebunden, nicht als Selbsterhaltung, sondern als Dienst an der Nation.

IV. Gedenken und Postnazismus

In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurden – geplant von SA und weiteren Teilen der NSDAP, ausgeführt von „ganz normalen Deutschen“ – im gesamten Reich Synagogen in Brand gesteckt, Jüdinnen_Juden misshandelt, eingesperrt und ermordet. Was hier in der kollektiven Raserei in Erscheinung trat, vollzog sich später in den Gaskammern der Konzentrationslager und den Erschießungsaktionen der Einsatzgruppen. Akribisch versuchten die Deutschen noch die letzten Jüdinnen_Juden aufzuspüren und zu ermorden. Diesem Vorgehen kann keine ökonomische Ratio untergejubelt werden, Motivation war einzig der Wunsch nach vollständiger Vernichtung. Genau hier zeigt sich der Umschlag der instrumentellen Vernunft, das Scheitern an der nicht mehr mit ihr verbundenen Humanität. Die Aufklärung und ihr Wissen wurden nicht zur Befreiung der Menschen aus ihrem Joch, sondern zur Vernichtung der „Gegnerasse“ genutzt. Durch Beteiligung, Zustimmung und Unterstützung dieser antisemitischen Raserei bekundete die übergroße Mehrheit der Deutschen Geschlossenheit und Einverständnis mit der massenhaften Vernichtung von Jüdinnen_Juden, als deren Auftakt dieses Pogrom zu fassen ist. Nicht zufällig wurde eben nicht der zunächst angedachte 9. November 1989 als Jahrestag des Mauerfalls zum „Tag der deutschen Einheit“ erwählt. Die Jubelarien des neuen Deutschland sollten nicht durch seine fünfzig Jahre zurückliegende Geschichte bedroht werden.

Doch von solcherart Augenwischerei sollte sich keine_r verwirren lassen: Die deutsche Volksgemeinschaft, dieser kollektive Zusammenschluss, der sich in seiner Einheit permanent vom „Gegenvolk“ bedroht fühlt, hat mit der militärischen Niederlage 1945 keineswegs ein Ende gefunden. Mit dem Begriff des Postnazismus wird die Tatsache gefasst, dass mit der militärischen Niederlage 1945 zwar das Morden endete, die viel beschworene „Stunde Null“ aber nie eintrat. Vielmehr haben die nachnationalsozialistischen

Demokratien in Deutschland und Österreich Struktur- und Ideologieelemente des Nationalsozialismus modifiziert in sich aufgenommen. Die Kontinuität, die sich am augenfälligsten in der Vernichtungspolitik der Nationalsozialist_innen als Basis des heutigen Massenwohlstandes ausdrückt, bestimmt bis heute den Umgang mit der Nation. Der Antisemitismus wurde durch die offizielle Tabuisierung zeitweilig in den psychischen Untergrund gedrängt, verschwunden ist er aber nicht.

Ein Bruch existiert also nur in der Bildung von Tabus, der Abdrängung von offen antisemitischen Aussagen in eine Kommunikationslatenz. Unter deren Druck entwickelte sich eine eingeschworene Gemeinschaft, deren Antisemitismus sich wandeln musste, aber nicht verschwand. Vielmehr gab es bereits 1950 massiven Protest gegen die Rückerstattung jüdischen Eigentums, ein Zeichen für den Wunsch, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu vergessen und die mit ihnen verbundenen Gefühle verschwinden zu lassen. Die zentrale Bedingung für letzteres war die Verdrängung der Vergangenheit insgesamt, insbesondere aber die der Geschichte der Opfer der deutschen Verbrechen. Die solcherart Vergemeinschafteten agierten gegen jede Bedrohung dieses Status Quo, der ihnen die Möglichkeit zur weiteren Identifizierung mit Deutschland bot, gegen Mahner_innen und Überlebende. So steckte in der „kollektive[n] Gewalt der Abwehr des gesamten Schuldzusammenhangs“ (Theodor W. Adorno) ein Antisemitismus, der die einstigen Opfer vergessen wollte oder verhöhnte.

Die nach Auschwitz für immer zerstörte positive Identifikation mit deutsch-nationaler Identität zu restaurieren und die kollektiv-narzisstischen Beschädigungen zu überwinden, ist das Ziel der Täter_innen-gesellschaft. So wird Auschwitz mittlerweile in alle Welt exportiert, indem über dortige Grausamkeiten vergleichend berichtet wird. In Jugoslawien wird es direkt bekämpft, in Dresden mit den alliierten Bombardements gleichgesetzt.

Aus Täter_innen werden Opfer und Geläuterte, überall ist von „bewältigter Vergangenheit“ und dem „kollektiven Lernen“ der deutschen Gesellschaft zu hören. Diese Beschwörungen sind zum ritualisierten Element des neueren Erinnerungsdiskurses geworden. So wird gerade durch die Etablierung des Erinnerns an Auschwitz Abwehr provoziert. Zwischen der Ablehnung selbstkritischer Auseinandersetzung und der Äußerung von Vorurteilen besteht ein Zusammenhang, das Unbearbeitete bricht sich immer wieder Bahn in reformulierten Ressentiments gegen Erinnernde und Jüdinnen_Juden. Das vorherige kollektive Schweigen über die deutsche Schuld wurde von einer Beredsamkeit über den Nationalsozialismus, die „deutschen Dik-

taturen“ und die „Vertreibungen“ abgelöst. Die immer präsente Bedeutung der Vergangenheit wurde nachhaltig in die Öffentlichkeit gerückt. Dabei führen die intensivierten Vergangenheitsdiskurse jedoch keineswegs zu mehr Aufklärung, sondern begünstigen auch die teils subtilen, teils unverhüllten Abwehrformen. Die Abwehr kann heute Auschwitz gerade als ihre Stärke darstellen, muss sich nicht mehr daran vorbei stehlen. Deutschland soll als „Aufarbeitungsweltmeister“ besonders sein, da es aus Auschwitz gelernt hat. Auf der anderen Seite wird versucht, sich als normal darzustellen, damit sich wieder ungehemmt positiv auf Deutschland bezogen werden kann. Es wird ein Wandel im Verständnis der Nation hin zum Verfassungspatriotismus „wie überall sonst“ behauptet. Dieses „überall sonst“, womit in der Regel andere europäischen Staaten gemeint sind, ist dabei zumeist reine Projektion. Der Irrsinn der Normalität ist eben kein Wunsch nach Gleichartigkeit zu „überall sonst“, sondern wünscht sich die bruchlose Identifikation mit Deutschland.

Bereits durch das Beanspruchen der europäischen Normalität für die deutsche Geschichte wird Auschwitz in Europa verteilt. Und darüber hinaus. Denn bereits die Existenz Israels erinnert an die deutschen Verbrechen. Durch die Täter_innen-Opfer-Umkehr, die zum Kitten des Bruches mit Deutschland nach 1945 notwendig ist, werden Jüdinnen_Juden kollektiv als „Tätervolk“ imaginiert. Auf sie wird das eigene schlechte kollektive Gewissen projiziert, da sie der erwünschten Normalität im Wege stehen. So wird die Politik Israels mit der des Nationalsozialismus parallelisiert, wie sich zum Beispiel bei den reflexhaften Vergleichen der Situation im Gazastreifen mit der im Warschauer Ghetto zeigt. Israel erscheint so als projektives Zerrbild eines „staatlich kollektivierten Juden“. In Deutschland, wo sich der Antisemitismus an die gesellschaftlichen Bedingungen nach der Niederlage anpassen musste, war es die Linke, die jenen nach dem Sechstagekrieg 1967 als Antizionismus reformulierte und ihn damit wieder salonfähig machte. So kann es auch nicht verwundern, dass der einzige von allen Parteien gestützte Bundestagsbeschluss der aktuellen Legislaturperiode ausgegerechnet der von der Partei „Die Linke“ eingebrachte Antrag ist, der Israel nach der Erstürmung der ersten „Gazaflottille“ verurteilte.

V. Deutschland hassen!

Wer am 3. Oktober gegen deutsche Zustände auf die Straße geht – an jenem Tag also, der statt des 9. November als Feiertag gewählt wurde, um nicht mehr über Auschwitz reden zu müssen – muss eine Kritik an dieser deutschen Spezifität formulieren. Eine Kritik, die die Besonderheiten Deutschlands nicht zu erkennen will.

nen vermag, die die Vorgänge in diesem Land lediglich aus der weltweiten Standortkonkurrenz erklären will, greift nicht nur zu kurz – sie geht auch der Ideologie des neuen, geläuterten Deutschland auf den Leim. Schlimmer noch: Eine Entschuldung Deutschlands aus den Reihen der radikalen Linken, wo eigentlich die erbittertsten Feinde der Nation stehen müssten, bestätigt dieser Gesellschaft, heute eine unter vielen zu sein. Die deutsche Nation kann nicht nur in ihrer Funktion als Mobilisierung der Bevölkerung im Kampf innerhalb der Weltmarktkonkurrenz verstanden werden. Denn dadurch werden die Subjekte nur als Nationalautomaten verstanden und ohne eigenes intentionales Handeln aus ihrer Eigenverantwortung entlassen. Dabei ist es gerade die dialektische Verwobenheit von gesellschaftlichen Verhältnissen und ihrem Niederschlag im Individuum, die im Hinblick auf Auschwitz zu ergründen sind.

Ein konform zur deutschen Vergangenheitsbewältigung gehender Fortschrittsglaube ist also schon deshalb ein Skandal, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse fortexistieren, deren Dynamik die Liaison von Rationalität und Wahn und damit die industriell organisierte Vernichtung ermöglichte. Der deutsche Nationalismus hat sich immer wieder gegen die ökonomische Vernunft gestellt, der ihm inhärente Antisemitismus kann nicht berechnet werden.

Die von der deutschen Ideologie formulierten und ausgeführten Ausschlüsse gehen weit über die hinaus, die für die kapitalistische Produktionsweise notwendig sind. Nicht nur der über den Sieg an der Ostfront gestellte Betrieb der Vernichtungslager bleibt unerklärlich, wenn man sie nicht mitdenkt, sondern auch der deutsche Alltag. Immer noch wird diese Ideologie jeden Tag reproduziert und in der Praxis vollzogen: von den Vertriebenenverbänden, die keinen Frieden mit Polen und Tschechien schließen wollen, von den Antiziganist_innen, die im Juli 2011 in Leverkusen ein von Roma bewohntes Haus anzündeten, von Sachbearbeiter_innen im Jobcenter, von Fußballkommentator_innen, die von „deutschen Tugenden“ im Sport faseln, von Nazischläger_innen auf der Straße – und von linken Antisemiten_innen, die dasselbe hassen wie ihre Nazigroßeltern: die USA und Israel.

Gegen sie alle gilt es, weiterhin die Kritik an den deutschen Verhältnissen zu schärfen und dabei auch jene einzubeziehen, die über eine verflachte Analyse der Verhältnisse und der Nation im Speziellen sowie den Aufruf zur Praxis versuchen, die „linke Masse“ zu mobilisieren. Solange die Mehrheit der Bevölkerung bis hinein in die radikale Linke weiterhin der deutschen Ideologie anhängt, wird sich eine radikale Kritik notwendig gegen diese richten müssen.

Kommt am 3.10. zum Block von „Imagine there's no Deutschland“ auf der Demo gegen die Einheitsfeierlichkeiten in Bonn.

Kritik am Aufruf „Imagine there's no Deutschland“

In diesem Mobilisierungsauftrag wird der Hauptakzent auf die notwendige Kritik an Geschichte und Gegenwart Deutschlands gelegt und gefordert, dass eine Kritik am Nationalismus in Deutschland beinhalten muss, dass der Nationalismus in Deutschland sich „immer völkisch formierte und sich notwendig auf Auschwitz beziehen muss“.

Die Position ist klar, Deutschland geht einen reaktionären Sonderweg, der bis nach Auschwitz weitergetrieben wurde. Ganz und gar zu Recht wird die „industriell betriebene Vernichtung der europäischen Jüdinnen_Juden, Sinti und Roma“ am Tag der Feierlichkeiten der deutschen Einheit zum Thema gemacht.

Die richtige Kernthese lautet: „Wer behauptet, Deutschland habe nie einen Sonderweg beschritten, oder ihn mittlerweile verlassen, kommt nicht drumherum Auschwitz und seine Wurzeln im völkischen Nationalismus zu leugnen, zu verharmlosen oder zu relativieren.“

Die Polemik richtet sich auch zu Recht gegen ökonomistische Erklärungen des Völkermords und einer verkürzenden Darstellung, mit der die aktuellen Vorgänge in Deutschland lediglich als „Standortkonkurrenz“ erklärt werden. Andere Gruppen, die zu diesem 3. Oktober mobilisieren, so ihre treffende Analyse, gehen „der Ideologie des neuen, geläuterten Deutschland auf den Leim“.

Dennoch: das abschließende unvermittelte „Für den Kommunismus!“ bedeutet nicht, dass es sich hier um kommunistische Kräfte handelt. Die als Autoritäten benutzten Namen waren alles andere als Menschen, die für den Kommunismus eingetreten sind, sei es Adorno, sei es Postone. Unerfreulich ist auch eine krude Sprache, wenn es etwa heißt: „An Stelle einer dialektischen Kritik von Wert und Ware trat die „Endlösung der Judenfrage“.“

Abgesehen von dem Sprachungeheuer, was Schlauheit suggerieren soll, passiert in diesem Aufruf genau das, was sie an anderer Stelle kritisieren:

Aus der Ökonomie des Kapitalismus wird umstandslos und angeblich zwingend der Judenhass gefolgt, als müsste in jedem Land und zu jeder Zeit

aus Wert und Ware, aus „Entfremdung“ und Profitorientierung, also aus dem Kapitalismus logisch und zwingend Judenhass, die „Endlösung der Judenfrage“ entstehen. Es bleibt das doppelte Problem, dass Marx aus gutem Grund in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ einen solchen direkten Zusammenhang nicht konstruiert hat und es eben eine Reihe von kapitalistischen Ländern gibt, die nicht den „Deutschen Weg“ gegangen sind. Anders gesagt, sie widersprechen sich fundamental selbst und es bleibt die Befürchtung, dass sie weder Marx, noch die Kritik am Kapitalismus, noch die Bedeutung der deutschen Geschichte, noch die Geschichte des deutschen Imperialismus wirklich analysieren wollen.

Dennoch: Allelmal bietet diese Erklärung Ansatzpunkte für Kritik und Diskussion, weil wenigstens dem ekelhaften deutschen Nationalismus der Krieg erklärt wird, auch wenn ihnen hier sicher nicht zufällig der deutsche Imperialismus kein Begriff ist.

Gegen die Strömung,
1. Oktober 2011

2.

Aufruf gegen das „Jubiläumsjahr“ 2009

- **Aufruf des „...ums Ganze“-Bündnisses:
„Staat.Nation.Kapital.Scheiße!“ und
unsere Kritik daran**

Aufruf des ... ums Ganze-Bündnisses:***Staat.Nation.Kapital.Scheisse!*****Gegen die Herrschaft der falschen Freiheit!****Antinationale Kampagne gegen das Superjubiläumsjahr 2009**

Im Jahr 2009 feiert sich Deutschland anlässlich seiner beiden großen Jubiläen – 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Mauerfall – als freie und geeinte Nation. „Freiheit“ und „Einheit“ sind die Leitmotive nationaler Selbstvergewisserung, die durch Presse, Zivilgesellschaft und Kulturindustrie ausgestaltet werden. Selbst die globale Krise des Kapitalismus liefert weitere Argumente für das „Modell Deutschland“. Denn hier soll der Kapitalismus unter dem Ordnungsmodell der „sozialen Marktwirtschaft“ eingehetzt werden. Sie soll Lohnabhängige, Unternehmer und alle Übrigen in gemeinsamer Arbeit für Deutschland zusammenführen.

Überall Freiheit?

Das vergleichsweise gute Image der Berliner Republik erscheint plausibel im Kontrast zur staatlichen Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus und zum piefigen Sozialismus der DDR. Werden diese noch gleichgesetzt in der Rede von „den zwei deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts“, erscheint die Bundesrepublik tatsächlich als der liberalste Gewaltmonopolist, der jemals deutsche Pässe ausgegeben hat. Doch damit fängt die Arbeit der Kritik erst an. Denn zu kritisieren ist die real existierende Gesellschaftsordnung des demokratischen Nationalstaats. Krisen, Armut und Existenzangst entstehen in demokratischen Staaten nicht durch falsche Politik oder die Gier irgendwelcher Manager, sondern viel grundsätzlicher durch die Art und Weise, wie diese Gesellschaft ihre Menschen organisiert. Dass inmitten staatlich garantierter Freiheit ständig drückende Abhängigkeit und Ohnmacht entstehen, zeugt nicht von schlechter Politik, sondern von den verselbständigteten Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise, deren Verwaltung seit 200 Jahren Aufgabe der Politik ist. Allgemeine Ohnmacht durch allgemeine Freiheit – das ist das Paradox und Kennzeichen der Welt von Staat und Kapital.

Risiken und Nebenwirkungen der falschen Freiheit

Dass gerade staatlich garantierter Freiheit die Quelle von Unfreiheit und Ohnmacht sein soll, ist erklärungsbedürftig. Schließlich beansprucht der bürgerliche Staat ja gerade, mit seinem allgemeinen Recht die Freiheit jedes Einzelnen mit der Freiheit aller anderen zu versöhnen und so insgesamt größtmögliche Freiheit zu

verwirklichen. Die staatliche Garantie allgemeiner Freiheit bewahrt diese „Einzelnen“ nicht nur vor unrechtmäßigen Übergriffen. Die allgemeinen Gesetze, das bürgerliche Recht, befreite die Menschen aus persönlicher Herrschaft. Doch unterjocht wurden sie einem viel umfassenderen Zwang: dem unaufhörlichen Zwang zur gesellschaftlichen Konkurrenz als vereinzelte Individuen, dem Zwang zur Selbstverwertung und zur Ausnutzung anderer. Die allgemeinen Gesetze – die des Rechts und die der Warenproduktion – entfalten als unpersönliche Herrschaft einen stummen Zwang, der dem freien Menschen zur zweiten Natur wurde.

Freiheitlich-demokratische Grundordnung und soziale Marktwirtschaft bestätigen vor jeder sozialpolitischen Wohltat zuallererst dieses gesellschaftliche Zwangsverhältnis und die die damit verbundene Existenz der Menschen als Privateigentümer die gesellschaftliche Konkurrenz der Menschen als Privateigentümer, die auf eigene Rechnung und eigenes Risiko wirtschaften. Gesellschaftlich stiftet die kapitalistische Produktionsweise einen für alle Menschen unmittelbar lebensbestimmenden Zwang, dem sie sich eigenverantwortlich unterwerfen müssen, einen endlosen Zwang zum Selbstzwang. In der Konkurrenz der Lohnabhängigen um Arbeitsplätze, der Unternehmen um Marktanteile und der Standorte um Investitionen verwirklicht sich der kapitalistische Verwertungszwang global als unpersönliches Prinzip gesellschaftlicher Herrschaft. Weil die Menschen nicht nach Bedürfnis und Plan produzieren dürfen, sondern mit ihren jeweiligen Leistungen am Markt als Konkurrenten gegeneinander antreten müssen, bleibt ihre Lebensgrundlage den blinden Marktmechanismen unterworfen. Die gegenwärtige Rezession offenbart das, was immer gilt, in grellen Farben: Krisen sind im Kapitalismus keine Betriebsunfälle, sondern ein wiederkehrender Effekt der privaten Konkurrenz, in der sich diese Gesellschaftsordnung erneuert.

Nationale Schicksalsgemeinschaft

Die globale Konkurrenz trifft die ökonomischen Subjekte nicht unvermittelt. Konkurrenzchancen sind von Erfolg oder Misserfolg der nationalen Reichtumsproduktion in der Weltmarktkonkurrenz abhängig. Denn im unbestechlichen Weltmarktvergleich der Leistungen und Potentiale eines Standorts entscheidet sich

täglich aufs neue, ob und in welchem Umfang dieser auch zukünftig als Verwertungszone des Kapitals in Frage kommt. Bevölkerung und Staat bilden damit eine reale nationalökonomische Gemeinschaft in der Weltmarktkonkurrenz. Gefühl und Gewissheit nationaler Zusammengehörigkeit sind also keine bloßen Hirnspinte. Sie sind Ausdruck der ganz realen Abhängigkeit des Individuums vom ökonomischen Schicksal „seines“ Staates.

Gegen die wiederkehrenden Bedrohungslagen gesellschaftlicher Konkurrenz entwickelt sich die Ideologie nationaler Schicksalsgemeinschaft klassenübergreifend als vermeintlich vorpolitische und außerökonomische Anspruchsgrundlage auf Solidarität und staatliche Fürsorge in der Not. Paradox ist dieser Impuls, weil der Staat die Rahmenbedingungen der Konkurrenz sichert und zugleich das Gegengift zum Konkurrenzzwang liefern soll. Im nationalen Appell ans gemeinsame Schicksal soll der Staat genau das gewährleisten, was seine Gesellschaftsordnung ständig in Frage stellt: ein Leben ohne Angst und Mangel.

Nationale Identitätsarbeit

Die strukturellen Bedrohungen des verstaatlichten Individuums spiegeln sich in versichernden Imaginarien kollektiver Identität wider. Als Substanz nationaler Einheit wird ein selbstverständlicher, ursprünglicher Zusammenhalt vorgestellt. Für das nationale Identitätsbegehen ist es zweitrangig, wie dieser Zusammenhalt inhaltlich begründet wird, ob in natürlicher Anlage, Kultur und Geschichte, oder in einem völlig diffusen „Gefühl“ und ironisch gebrochen. Entscheidend ist der ideologische Ertrag der nationalen Identitätsarbeit: der Anspruch und die Gewissheit unverbrüchlicher Zusammengehörigkeit. In wiederkehrenden Ritualen nationaler Kommunion (von Nationalfeiertagen bis zu Fußballländerspielen) inszeniert und genießt sich diese Gewissheit und befriedigt die Sehnsucht nach schützender Identität. Deshalb ist dieser vitalen Imagination mit Einsicht kaum beizukommen, deshalb auch ist es beinahe egal, welches „Kulturerbe“ als nationale Referenz geltend gemacht wird, ob Otto der Große, Volkswagen oder Graf Stauffenberg. Entscheidend ist die ideelle Überwindung der realen gesellschaftlichen Spaltung.

Die gegenwärtige Rede von den „Herausforderungen der Globalisierung“ ist der Imperativ, der zur ständigen Selbstaktivierung der nationalen Gemeinschaft aufruft. Jedem droht jederzeit das Urteil der Untauglichkeit fürs nationale Projekt. Je brüchiger der tatsächliche Zusammenhalt, desto dringlicher wird die Rückversicherung auf die nationale Identität und desto gnadenloser der Hass auf die, die dem nationale Fortkommen im Weg stehen.

Etwas besseres als die Nation

Die Unsicherheit und Verzweiflung, die die kapitalistische Konkurrenz tagein tagaus produziert, und die stumpfen, armseligen Entschädigungen, die sie bietet, lassen nur einen Schluss zu: Es lohnt sich nicht, die Welt von Staat und Kapital zu reformieren. Das Ding ist verkorkst. Wo die Grundlage der Gesellschaft, die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, als feindliche Konkurrenz der Privateigentümer und der Standorte organisiert ist, erscheinen Leistungzwang, Hierarchie und nationale Identität als naturwüchsige Bestimmungen des Menschen. In Wahrheit aber sind sie nur Ausdruck der systemischen Zwänge kapitalistischer Verwertung. Nichts garantiert, dass diese Zwänge jemals durchbrochen werden. Doch was sich da gegen die Menschen verselbständigt, bleibt Menschenwerk. Es kann durch eine Ordnung überwunden werden, in der private und nationale Konkurrenz keinen Sinn mehr haben, weil der gesellschaftliche Reichtum solidarisch erarbeitet wird.

Das schöne Leben ist nur gegen die herrschende Gesellschaftsordnung zu verwirklichen, gegen den Verwertungzwang des Kapitals und gegen den Staat, der die falsche Freiheit garantiert und das allgemeine Glück verhindert. Die Freiheit, die wir meinen, heißt Kommunismus.

... ums Ganze! im April 2009

Kritik am Aufruf „Staat.Nation.Kapital.Scheiße!“ des „...ums Ganze“-Bündnisses

Lassen wir zunächst einmal für einen Moment die Frage der Form, der plakativen Schlussfolgerungen außen vor. Gehen wir davon aus, dass es um den hier und heute existierenden Staat, um das hier und heute existierende Kapital und um die hier und heute existierende Nation geht, die von den Unterstützerinnen und Unterstützer dieser Lösung aus gutem Grund abgelehnt wird.

Doch das, was auf den ersten Blick so verblüffend einfach, so erfrischend, so positiv und unterstützenswert erscheint, wirft eine Reihe von Fragen und Problemen auf, die auch in den Ausführungen zu dieser Lösung selten oder gar nicht angesprochen werden.

Jeder Begriff für sich einzeln betrachtet – Staat, Nation, Kapital – ist schon eine komplexe Frage. Noch wichtiger jedoch ist, wie diese drei Begriffe zusammenhängen und was jeweils mit ihnen geschehen soll.

Das scheinbar vernichtende Urteil, die Gleichsetzung von Staat, Kapital und Nation mit einem braunen, überliegenden Haufen, wirft Fragen auf: Relevante Handlungsmöglichkeiten bietet diese braune Masse nicht: Soll sie weggespült werden? Oder zerschlagen? Soll sie zerbrochen werden? Sollte sie verboten werden? Stirbt sie ab? ... Fragen über Fragen.

Beschäftigen wir uns also zunächst einmal mit den drei Begriffen Kapital, Staat, Nation im einzelnen, um uns dann der Frage der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei den Handlungsmöglichkeiten gegen Kapital, Staat und Nation zuzuwenden.

Kapital

Was ist das Kapital? Hier beginnt schon das Problem, das Karl Marx in seinem dreibändigen Werk „Das Kapital“ auf verschiedenen Ebenen analysiert hat. Deutlich zeigt schon der Untertitel: „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, dass es sich offensichtlich nicht um ein rein betriebswirtschaftliches, nicht um ein rein ökonomisches Problem handelt.

Die historische Entstehung des Kapitals, seine logische begriffliche Bestimmung ist umfassend. Das

Kapital ist nichts isoliertes oder einzelnes. Der Begriff des Kapitals beinhaltet gesellschaftliche Verhältnisse, die die bisherigen geschichtlichen Formen der Ausbeutung durch Sklavenarbeit oder Leibeigenschaft nun auf einer neuen gesellschaftlichen Stufe verändert haben durch die Erzeugung von Mehrwert durch die „Anwendung“ der Ware Arbeitskraft, durch ein System der Konkurrenz der mehrwertschaffenden Lohnabhängigen untereinander, durch ein System, in dem das Profitstreben der Kapitalbesitzer eine existentielle Bedingung für das Weiterexistieren des Kapitals ist.

Um nicht zu weit auszuholen und um nicht die Entstehung des Systems des Kapitals, der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus in verschiedenen Ländern Europas und Nordamerikas und Japans, seine Entstehung im Kontext kolonialer Raubzüge und massiver Kämpfe gegen noch feudale Verhältnisse in Europa hier zu schildern, sei kurz zusammengefasst:

Das, was zunächst als System des Kapitalismus regional, auf nationalstaatlichen Territorien begrenzt in Erscheinung trat, ist heute auf der ganzen Welt in einem System dominierend, das aus gutem Grund Imperialismus genannt wird. Selbst dort, wo noch im begrenzten Maße feudale Ausbeutungsverhältnisse oder Sklavenarbeit existieren, sind diese Verhältnisse weitgehend oder ganz eingebettet in ein Weltsystem kapitalistischer Produktion und Ausbeutung.

Die reale Geschichte der Entstehung und Fortentwicklung des Kapitalismus zu einem Weltsystem des Imperialismus ist eine Geschichte heftigster Klassenkämpfe, eine Geschichte heftigster Kämpfe der Gegenwehr der Masse der Bevölkerung in überfallenen Ländern gegen militärisch überlegene Großmächte und vor allem auch eine Geschichte heftiger Kämpfe und Kriege zwischen den größten imperialistischen Mächten und ihren Bündnispartnern untereinander.

Die Entwicklung des Kapitals bis zum heutigen Weltsystem des Imperialismus wäre unverständlich und unvollständig, wenn unberücksichtigt bliebe, dass nach Oktober 1917 zunächst nur in Russland ein Gegen-system errichtet wurde. Dieses sozialistische Gegen-system wurde in den Folgejahren in weiteren Län-

dern erkämpft, teils vorbereitet durch den Kampf gegen die Nazifaschistischen Besatzer in den Ländern Osteuropas und vorangetrieben von der Masse der Bevölkerung dieser Länder, teils in Folge antiimperialistischer Befreiungskämpfe vor allem in Asien, wo die Revolution in China 1949 ein wichtiger Einschnitt war.

Auch wenn dies nun viele Jahrzehnte zurückliegt und auch wenn es in der heutigen Welt keine sozialistischen Länder mehr gibt (jene Länder, die sich heute noch „sozialistisch“ nennen wie etwa China betreiben ja selbst in ungeheurem Maßstab das System von Lohnarbeit, von Privateigentum an Produktionsmitteln), hat diese Entwicklung mehrere Jahrzehnte nach 1917, einschließlich einer Fülle von Besonderheiten des zweiten großen weltumspannenden Krieges von 1939 bis 1945, geprägt.

In diesen sozialistischen Staaten gab es ein Gegenmodell: Ein Wirtschaftssystem ohne Kapital, ohne Privatbesitz an Produktionsmitteln aufzubauen. Ein System, das den Anspruch hatte, für die große Masse der Bevölkerung endlich wirklich demokratische Verhältnisse zu schaffen, was ohne vielfältige Formen der Unterdrückung der Anhänger der Ausbeuter gesellschaft nicht realisierbar gewesen wäre. Ob und inwieweit dieses Gegenmodell in verschiedenen Ländern real funktioniert hat, inwieweit, in welchen Zeiträumen, in welchen Ländern – das ist hier nicht Gegenstand der Debatte.

Allerdings: Auch wenn diese Gegenmodelle heute aus der Welt geschafft wurden, seit vielen Jahrzehnten nicht mehr existieren, ist doch nicht aus der Welt zu schaffen, dass es solche praktizierten Gegenmodelle einmal gab, die bei der Beantwortung der Frage: Geht es auch ohne Kapital? Geht es auch ohne Kapitalismus? nicht ignoriert werden können.

Das Kapital entsteht durch Ausbeutung. Wenn die Ausgebeuteten sich wehren, wird das kapitalistische System durch Unterdrückung geschützt und gefestigt. Je heftiger sich diese Kämpfe entwickeln, desto handfester tritt der Staat in Erscheinung.

Staat

Geschichtlich betrachtet ist der Staat wesentlich älter als das Kapital und der Kapitalismus. Entstanden in der Sklavenhaltergesellschaft hat er von Anfang an als **Instrument der herrschenden Klasse**, der Sklavenhalter, verschiedene Funktionen zu erfüllen: vor allem die **Ausgebeuteten zu unterdrücken**, falls erforderlich ihre Aufstände niederzuschlagen, aber

auch die **Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse nach Möglichkeit einzudämmen** und zu regeln. Der Staat war von Anfang an vor allem ein Projekt, bewaffnete Formationen von Menschen zu bilden, die im Inneren Aufstände unterdrücken und nach außen Kriege zur Ausdehnung des Herrschaftsbereichs der jeweils herrschenden Klasse führen. Der Staat und seine Politik hatten gleichzeitig immer weitere wichtige Funktion zu erfüllen: die **ideologische Verschleierung seines eigenen Wesens**, die Legitimation seiner Existenz und seiner Handlungen durch Lüg und Betrug, durch eine Verkehrung der wirklichen Sachverhältnisse.

Der Staat hatte und hat vielfältige Formen, sein gemeinsamer Grundzug war und ist: ein Instrument einer Minderheit vor allem zu Unterdrückung der großen Mehrheit, ein über die Jahrhunderte immer weiter ausgebauter Apparat (mit Militär als Kernkomponente, aber auch Justiz, Verwaltung und weiteren Bereichen), um die breite Masse der Bevölkerung gewaltsam zu unterdrücken, aber auch um sie zu täuschen und zu manipulieren. Und das ist auch die Funktion des heutigen Staates in Deutschland.

Geschichtlich hat sich nun gezeigt, dass selbst nach den großen bürgerlichen Revolutionen – im 17. Jahrhundert in England, dann im 18. Jahrhundert in Frankreich – der alte Ausbeuter-Staatsapparat, der Staatsapparat der Feudalherren, von den „neuen Männern“, den Repräsentanten der neuen herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, im Großen und Ganzen übernommen werden konnte. Modernisiert, ausgebaut und den neuen Verhältnissen angepasst, erfüllte er seine Funktion der vielfältigen Unterdrückung der Mehrheit durch die neue herrschende Ausbeuter-Minderheit hervorragend.

Marx und Engels kamen nach der Auswertung der Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 zu der für viele zunächst überraschenden, aber durchaus einleuchtenden Feststellung, dass die Praxis der arbeitenden Massen in Paris, ihr revolutionärer Aufstand gegen den sich entwickelten Kapitalismus gezeigt hat, dass der Kernbereich des alten Ausbeuter-Staatsapparates nicht einfach übernommen und umfunktioniert werden kann, sondern von oben bis unten zerschlagen, zerbrochen werden muss.

Die Masse der arbeitenden Menschen in Paris schuf sich 1871 neue Organe, die unter anderen (eben re-

volutionären) Vorzeichen und anders entstanden und zusammengesetzt (eben aus ihren eigenen Reihen) staatliche Funktionen ausübten: die Unterdrückung der Konterrevolution, die Organisierung des Lebens der Masse der Werktätigen nach ihren eigenen Maximen, die Aufstellung bewaffneter Formationen zur Abwehr der Intervention der Konterrevolution in Frankreich einerseits und gegen den Einmarsch der deutschen Truppen Bismarcks andererseits.

Wer bereit ist, heute über den Begriff Staat zu diskutieren, kann diese Erfahrung der Schaffung eines eigenständigen revolutionären Staatsapparates durch die gegen den Kapitalismus aufständischen Massen nicht übergehen.

Wenn mit „Staat“ der heutige Staat des Kapitalismus gemeint ist, ist dieser Staat in der Tat verachtungswürdig, kann gerne auch mit diversen Schimpfnamen belegt werden, muss zerschlagen, zerbrochen werden.

Damit ist jedoch nicht die Geschichte des Staates insgesamt erfasst: Wenn die Aufständischen selbst einen neuen Staat zur Abwehr der Konterrevolution schaffen, einen Staat aus ihren Reihen bilden, der nicht ihrer Unterdrückung, sondern ihrer Befreiung dient, dann stellt sich die Frage anders.

Ein solcher Staat ist logisch und realistisch so lange notwendig, wie die Gefahr einer Konterrevolution existiert. Die Notwendigkeit der Unterdrückung konterrevolutionärer Bestrebungen umfasst einen langen Zeitraum, in dem dieser revolutionäre Staat existiert, der sich (nicht in Bezug auf die Reaktion, aber in Bezug auf die Masse der arbeitenden Bevölkerung) immer mehr demokratisiert und stärkt, zunehmend an Abstraktheit verliert, konkret ein Instrument in der Hand der Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeiterklasse, wird.

Wenn auch mit völlig anderen Funktionen existiert „der Staat“ also wesentlich länger, als das Kapital existiert. Er existiert als sozialistischer Staat solange, bis die Konterrevolution keine Chance mehr hat (wir betonen: Das ist ein sehr langer Zeitraum), und hat nun die Aufgabe, sich selbst überflüssig zu machen, zunehmend kein besonderes Instrument mehr zu sein.

Dass das wahrlich keine einfache, sondern eine sehr schwierige Aufgabe ist, dass die grundlegende Tendenz und Gefahr existiert, das auch ein solcher Staat zu einem Instrument einer Minderheit wird, um die breiten Massen zu unterdrücken, hat die Geschichte des Niedergangs der ehemals sozialistischen Staaten

eindringlich gezeigt. Diesen Prozess genau zu analysieren und dieses Problem nicht naiv zu überspringen, ist allerdings in der Tat zwingend.

Nation

Die Frage der Nation ist möglicherweise noch schwieriger oder verwickelter. Es ist die Frage der Entstehung und Entwicklung der Nation, ihrer Funktion und ihres möglichen Verschwindens.

Anders als der Staat ist die Nation eine wesentlich neuere Entwicklung, die im Grunde mit der Ablösung der großen feudalen Reiche des ausgehenden Mittelalters beginnt, mit der Entstehung des Kapitalismus, was in Frankreich verbunden war mit der französischen Revolution 1789.

Es sei hier angemerkt, dass der Begriff Nation in anderem Sinne auch schon vorher existierte. Die Verwendung ein- und desselben Begriffs, ein- und desselben Wortes in unterschiedlicher Bedeutung verkompliziert die Frage erheblich. So war in „Deutschland“ (das Land existierte gar nicht) etwa die Rede von dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, womit jene ideologische These untermauert werden sollte, dass „Deutschland“ als Nation angeblich schon 1.000 Jahre, seit Karl dem Großen existiert habe.

Jedenfalls ist die Nation im modernen Sinne die Nation des entstehenden Kapitalismus mit vielen Besonderheiten in den verschiedensten Staaten und Ländern der Welt.

Der Streit in der Arbeiterbewegung, was unter Nation eigentlich zu verstehen ist, ist so alt wie das Geburtsdokument des wissenschaftlichen Kommunismus, das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels von 1848.

Hinzu kommt, dass die konkrete historische Entwicklung in jedem Land eine Fülle von Besonderheiten aufweist, so dass der Begriff Nation in verschiedenen Ländern mit sehr verschiedenen ideologischen Konstruktionen verbunden ist, um die staatliche Aufgabe der Manipulation der breiten Massen mit einer nationalen, staatstragenden Ideologie zu erfüllen. Hier ist die Entwicklung in Ländern wie England und Frankreich einerseits oder in einem Land wie Deutschland andererseits wesentlich anders. Wiederum anders ist die Entwicklung in osteuropäischen Ländern und noch unterschiedlicher ist die Entwicklung in jenen Ländern, die von den imperialistischen Großmächten kolonial unterdrückt wurden.

Die Entwicklung neuer Staaten insbesondere nach 1945 verkompliziert die Frage, wann und wie sich Nationalstaaten und Nationen herausbilden, erheblich. Das wird deutlich in einem Blick auf die Karte Afrikas, auf die dortigen von Imperialisten bestimmten Grenzen.

Die Tatsache, dass insbesondere in imperialistischen Großmächten ein durch und durch reaktionärer Nationalismus, die Ideologie der Volksgemeinschaft forciert wird für die Schaffung eines nationalen klassenversöhnenden „Wir-Gefühls“ und zur Abgrenzung gegen „die Anderen“, um nach Innen die Ausbeutung reibungslos sicherzustellen und nach Außen einen Zusammenschluss herzustellen für Raubzüge in anderen Ländern, für imperialistische Kriege, kann nichts und niemand aus der Welt schaffen – außer die Revolution.

Das gilt gerade in einem Land wie Deutschland, das im Unterschied zu Frankreich nicht durch eine große bürgerliche Revolution zu einem Nationalstaat geworden ist, sondern, wie Marx schrieb, „seine Einheit in der preußischen Kaserne“ fand, eben als militaristische Einheit „von oben“ und im konterrevolutionären Krieg gegen die Pariser Kommune.

Die konkrete Entstehung einer Nation, die Analyse, wie sie sich historisch entwickelt hat, ist von größter Bedeutung, um die **Besonderheiten der Manipulation der Massen durch Nationalismus in diesem bestimmten Land wirklich verstehen zu können**. Die primitive Gleichung „Nation ist Nation“ ist grundfalsch. Die Definition dessen, was eine Nation im allgemeinen ausmacht, ist sicherlich eine der schwierigsten Angelegenheiten und macht nur Sinn, wenn die Merkmale einer Nation zur Analyse der Besonderheiten einer existierenden oder konstruierten nationalen Frage angewendet werden.

Um es kurz anzureißen: Es ist gewiss nicht falsch, bei den **Merkmälern einer historisch entstandenen Nation** auf ein **einheitliches Territorium** zu verweisen und auf einen zunächst **einheitlichen Wirtschaftsraum**. Eine **gemeinsame Sprache** spielt ebenso eine große Rolle. Besonderheiten durch eine gemeinsame Entwicklungsgeschichte, eben auch einer Geschichte der Klassenkämpfe, der Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die sich in der **Mentalität** der Bevölkerung niederschlägt, sind ebenfalls von Bedeutung.

Ein Blick auf das, was man in der ganzen Welt nationale Frage nennt, bezieht sich oft nicht in erster

„Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft, weil sie hier mit der Illusion, über die Nationalität und über alle wirklichen Interessen erhaben zu sein, denjenigen Nationalitäten entgegen gehalten wird, die ihre nationale Borniertheit und ihr Beruhen auf wirklichen Interessen offen eingestehen.“

(Marx/Engels, „Die deutsche Ideologie“, 1845, MEW 3, S. 458)

Linie auf kompakte Territorien mit einer mehrheitlich weitgehend national einheitlichen Bevölkerung. Vielmehr sind solche Staaten eher die Ausnahme. Und auch dort, das zeigt die Realität sowohl von Ländern wie England, Frankreich und Deutschland oder aber auch den USA, Russland oder China, existiert im Rahmen großer Staaten ein Problem der Diskriminierung und Unterdrückung von Minderheiten, die verfeindet und verfolgt werden, um den jeweils herrschenden Nationalismus zu stabilisieren.

Der ganze Inhalt der Kämpfe der Arbeiterklasse seit der Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus ist dem Inhalt nach nicht national. Es ist ein Wesensmerkmal des weltweiten Kapitalismus, dass auch objektiv in allen Ländern der Welt eine Arbeiterklasse entstanden ist und entsteht. Der Zusammenschluss der „Proletarier aller Länder“ im Kampf, fixiert bereits im historischen Grunddokument des wissenschaftlichen Kommunismus, ist das wesentliche Element kommunistischer Strategie und Programmatik.

Aus diesem Grund formulierten Marx und Engels schon sehr früh, nämlich 1848, dass die Arbeiterklasse eines jeden Landes zunächst mit den eigenen Herrschenden fertig werden muss. Nur insofern muss der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter „der Form nach“ zunächst national sein, aber gleichzeitig muss der herrschenden Ideologie der Vaterlandsverteidigung entgegengetreten werden. Der Satz:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, MEW 4, S. 479)

war damals und ist heute schlicht und einfach wahr.

Doch der gesamte Fragenkomplex ist komplizierter: Denn **neben der „normalen“, der klassischen kapitalistischen Ausbeutung durch Mehrwert-**

produktion bedeutet Imperialismus eben, dass zunehmend sozusagen „obendrauf“ ein **System der Be-reicherung durch Raub und Betrug** ausgebaut wird, ein politisches System von „**Teile und Herrsche**“, ein System, das die eigene Sprache und Kultur nutzt, nicht etwa um die breite Masse zu entwickeln, Wissen und Fähigkeiten zu vermitteln, sondern um Menschen aus anderen Territorien mit anderer Sprache und Kultur zu diskriminieren und zu verfolgen. Dieses Problem existiert sowohl in den großen imperialistischen Staaten im Inneren wie auch gegenüber den von diesen Staaten neokolonialistisch unterdrückten Menschen in anderen Ländern.

Dass diese Menschen sich gegen solche Formen nationaler Unterdrückung wehren, ist mehr als berechtigt. Wenn Menschen ein Territorium direkt geraubt wird, wenn ihre Sprache verboten wird, wenn ihre kulturelle Entwicklung unterdrückt und ihre ökonomische Entwicklung behindert wird, dann werden auch nationale Aspekte auf die Tagesordnung gesetzt. Dann und nur dann (und dies ist konkret in jedem Einzelfall zu klären) existiert die Möglichkeit, dass sich aus einer nationalen Frage eine gegen nationale Unterdrückung kämpfende fortschrittliche, revolutionäre Bewegung entwickelt.

In aktuellen Diskussionen über diese Frage, insbesondere in einem Land wie Deutschland, ist es fatal, wenn sich selbst als fortschrittlich und antifaschistisch begreifende Menschen in theoretischen Überlegungen über das abstrakte Kapitalverhältnis die Möglichkeit eines berechtigten Kampfes gegen nationale Unterdrückung bestreiten und nationale Bewegungen prinzipiell und ohne Einschränkung als reaktionär diffamieren. Wohin eine solche theoretische Überlegung in der Praxis führt, wird deutlich, wenn wir einen Blick werfen auf den Kampf der von Nazi-Deutschland unterdrückten Bevölkerungsteile, sei es in Frankreich, sei es in Belgien, sei es in Dänemark oder Norwegen, sei es in der Sowjetunion oder Polen, also überall dort, wo die deutsche Nazi-Militärmaschinerie die Menschen unterdrückte. Der Kampf dieser Menschen gegen die nazifaschistische Invasion und Besatzung hatte durchaus – wenn auch nicht nur – nationale Bedeutung, hatte eine nationale Färbung, konnte und musste auch von kommunistischen Kräften in diesen Ländern berücksichtigt und in den aktuellen Kampf aufgenommen werden.

Die Parole „Nation ist Scheiße“, sei sozusagen das-selbe wie Kapital, würde in diesem Zusammenhang eine fürchterliche Vereinfachung bedeuten, die die

Menschen diskreditiert und diskriminiert, die sich gegen nationale Unterdrückung wehren und verständlicher- und berechtigterweise das Recht auf die Bildung bzw. Wiederherstellung eines einheitlichen Territoriums einer Nation auch im Rahmen des Kapitalismus fordern.

* * *

Wir könnten uns damit „beruhigen“, dass es im Kommunismus sowieso kein Kapital, keine Staaten, keine Nationen mehr geben wird. Aber dies hilft nicht weiter bei der Lösung der aufgeworfenen Fragen. Wie wir gesehen haben, enthält die Losung „Staat, Nation, Kapital: Scheiße“ eine Fülle von Problemen, die ernsthaft diskutiert werden müssen. Sich selbst als links, antifaschistisch oder revolutionär, ja sogar kommunistisch einschätzende Kräfte müssen die Bereitschaft besitzen, diese Fragen ernsthaft und konkret, mit theoretischen Hintergrund und praktischem Engagement wirklich zu diskutieren. Wir jedenfalls halten eine solche Diskussion für unerlässlich.

Flugblatt von Gegen die Strömung,
September 2010

3.

Vertiefung der Kritik: Drei grundsätzlichere Stellungnahmen

- **Kampf den Ideologen des
staatsmonopolistischen Kapitalismus!
„Vater Staat soll's richten“!?**
- **9. November 1938:
Keinen Persilschein für den deutschen
Imperialismus!**
- **Der Staat zeigt sein wahres Gesicht,
wenn sich die Kämpfe zuspitzen!**

Kampf den Ideologen des staatsmonopolistischen Kapitalismus!

„Vater Staat soll's richten“!?

In der gegenwärtigen Situation, in der der kapitalistische Staat dem Monopolkapital mit Milliarden und Verstaatlichungsmaßnahmen unter die Arme greift, propagieren die staatstragenden DGB-Fürsten, die pseudolinke Partei „Die Linke“ und die pseudokommunistische D„K“P in allen Varianten: „Papa-Staat soll's richten!“: Da „der entfesselte Markt“ versagt habe, müsse der Staat nun endlich und „richtig“ regulierend eingreifen, Betriebe verstaatlichen, um mit „zukunftsorientierter Politik“ Arbeitsplätze zu erhalten usw. Ja, der Staat müsse sogar der Hebel sein, für eine angeblich mögliche „sozialverträgliche Umorientierung“ des Kapitalismus.

Wenn der Staat den Banken eine Milliarde nach der anderen zuschießt oder plant, mit einer sogenannten „Bad Bank“ den Banken die faulen Kredite abzukaufen, dann ist vielen klar, dass diese Aktionen im Interesse der Kapitalisten sind. Warum setzen Arbeiterinnen und Arbeiter, die gegen die verschärzte Ausbeutung kämpfen wollen, dennoch auf Ideologen des „starken Staates“, auf die Hilfe dieses Staats? Das liegt vor allem auch daran, dass der Glaube an das Märchen vom „Sozialstaat“ noch bei großen Teilen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland fest verankert ist. Um Illusionen in diesen Staat wirklich bekämpfen, um die wirkliche Funktion des bürgerlichen Staats im Kapitalismus, im Imperialismus klarmachen zu können, ist es unbedingt notwendig die Funktion dieses Märchens und den Mechanismus zu durchschauen, der dazu dient dieses Märchen plausibel erscheinen zu lassen.

Wie die Lüge vom „Sozialstaat“ verkauft wird

Die heutige Lage in Deutschland ist davon gekennzeichnet, dass bestimmte staatlich verankerte Errungenschaften der Kämpfe der Arbeiterklasse, ohne auf Gegenwehr durch eine kämpfende Arbeiterbewegung zu stoßen, Stück für Stück abgebaut werden: die Schaffung des Projekts Hartz IV war der tiefste Einschnitt, die Verlängerung des Arbeitstags wird immer weiter vorangetrieben ebenso die Aufhebung des Kündigungsschutzes etc. Das zeigt, dass es dort, wo es keinen massiven Kampf gibt, Pläne zur verschärften Ausbeutung auch realisiert werden. Mit dem Argument der „Krise“ werden diese Angriffe noch verschärft.

Die Tatsache, dass das Märchen, ja die Lüge vom Sozialstaat einen so großen Einfluss auch auf die Masse der Ausgebeuteten in diesem Land hat, hat im wesentlichen drei Gründe: 1. Es gibt die millionenfache Propaganda des Staates und seiner Medien. 2. Von ganz besonderem Gewicht ist, dass über viele Jahre und Jahrzehnte die Kämpfe der Arbeiterklasse keine wirklichen Erfolge erzielt haben, so dass die eigene Erfahrung fehlt, dass diese oder jene positiven staatlichen Regelungen das Ergebnis des eigenen Kampfes sind und nicht der Vernunft, den besseren Argumenten oder der Barmherzigkeit der Mächtigen des Staates zu verdanken sind. 3. Hinzu kommt, dass Organisationen und Gruppen, die vorgeben die Kämpfe der

Ausgebeuteten und Unterdrückten zu unterstützen, sich selbst aktiv an der Lüge über den „Sozialstaat“, an der Lüge von der Notwendigkeit eines „starken Staates“ beteiligen.

Und wie ist angesichts dieser Lage die „Argumentation“ der staatstragenden Propagandisten? Sie fordern vehement die „Wiederherstellung des Sozialstaats“, der angeblich durch „neoliberale Politik“ weitgehend zerstört worden sei. Sie fordern die Wiederherstellung und Erweiterung der angeblich vom „Sozialstaat“ in den letzten Jahrzehnten eingeführten „sozialen Absicherung“ mit Hilfe dieses Staats. Die von der Arbeiterbewegung erkämpften Erfolge, die staatlich verankerten Schutz- und Sozialbestimmungen, werden somit umgefalscht zu Erfolgen dieses Staats, die er angeblich den Kapitalisten abgetrotzt hätte, weil er eben Verständnis für die Nöte der arbeitenden Klasse habe etc. Das Märchen vom „Sozialstaat“ dient also dazu, innerhalb der Arbeiterbewegung vor allem die angeblich „gute Moral“ der herrschenden Klasse besser verkaufen zu können und den Kampf der Arbeiterklasse vom Kampf gegen das Lohnsystem abzulenken, zu Appellen und frommen Wünschen an diesen Staat.

Dass diese Demagogie der Propagandisten des „Sozialstaats“ heute noch so eine große Wirkung hat, hat mit der Lage in Deutschland zu tun. Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung, durch die gesetzlich verankerte Schutz- und So-

zialbestimmungen durchgesetzt werden konnten, hat es in den letzten Jahren so gut wie nicht gegeben. Eigene Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die es ihnen erleichtern zu verstehen, dass **ihrer Kämpfe** diese Erfolge durchsetzen und **nicht dieser Staat**, fehlen deshalb heute fast vollständig. Um so wichtiger ist es, jeden aktuellen erfolgreichen Kampf auszuwerten und herauszustellen, wie z. B. den Kampf für die Rücknahme der Studiengebühren in Hessen. Anhand der Erfahrungen dieses Kampfs wird klar, dass der Erfolg nicht SPD-Ypsilanti oder dem parlamentarischen Geplänkel der Partei „Die Linke“ oder den „Grünen“ zuzuschreiben ist, sondern dem monatelangen massiven Protest und Kampf Tausender Studentinnen und Studenten.

Die lange Geschichte der Legende vom „Sozialstaat“

Das Märchen vom „Sozialstaat“ ist aber keine Erfindung der heutigen pseudolinken Ideologen, sondern hat eine lange Geschichte und Tradition, insbesondere auch in Deutschland. Es wurde jahrzehntelang immer und immer wieder durch die reformistischen Kräfte in die Arbeiterbewegung getragen, anhand jedes erfolgreichen Kampfs der Arbeiterbewegung neu aufgewärmt und verbreitet. Die heutigen staatstragenden Propagandisten arbeiten gerade auch mit geschichtlichen Lügen, um plausibel zu machen, wie toll es doch damals war als es eben noch den „starken Sozialstaat“ gab, den man ja jetzt so vehement zurückfordert. Ein Blick in die Geschichte ist also unerlässlich.

Es war der Kampf der Arbeiterklasse, der, ohne zunächst das kapitalistische System als Ganzes in Frage zu stellen, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Staat der Kapitalisten **zwang**, gesetzlich einige besonders extreme Formen der Ausbeutung einzuschränken (wie z. B. Einführung eines gesetzlich begrenzten Arbeitstags, das Verbot der Prügelstrafe, das Verbot der Kinderarbeit). Nehmen wir den **Kampf um die Begrenzung des Arbeitstags**. Marx hat im „Kapital“ eindrucksvoll geschildert, dass und wie den Kapitalisten „**die gesetzliche Schranke und Regel des Arbeitstags durch halbhundertjährigen Bürgerkrieg Schritt für Schritt abgetrotzt**“ wurde. (Marx, „Das Kapital“, Erster Band, MEW 23, S. 312 f.). Der Staat der Kapitalisten musste in diesem international und auch in Deutschland geführten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter teilweise zurückweichen. Seine Ideologen erwiesen sich in dieser geschichtlichen Situation als Meister des Betrugs: Ihrem guten Herzen, ihrer Liebe zur Menschheit sei es zu verdanken, dass diese oder jene Verbesserung nun vom Staat offiziell

eingeführt wurde. Das war eine gigantische Lüge, die Geburtsstunde des Märchens vom „Sozialstaat“.

Nicht anders war es bei der sogenannten „**Bismarckschen Sozialgesetzgebung**“. Sie wird bis heute in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, in der Schule, als angebliche „Wiege des modernen Sozialstaats“ in Deutschland verklärt. In Wirklichkeit waren es jedoch die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter und die zunehmenden Erfolge der damals revolutionären deutschen Sozialdemokratie, die ja vom preußischen Staat mit Bismarck an der Spalte bekämpft, unterdrückt und verboten wurde, welche die herrschenden Klassen zu Beginn der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts dazu zwangen, bestimmte Sozialgesetzgebungen staatlich festzuschreiben (Einführung von Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung).

Dass in **Deutschland 1918** der Achtstundentag durchgesetzt und gesetzlich festgeschrieben wurde, war das Ergebnis des jahrzehntelangen Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und insbesondere ein Ergebnis der bewaffneten Kämpfe der revolutionären Teile der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918. Verkündet wurde dieser Erfolg jedoch von der konterrevolutionären SPD-Ebert-Regierung, die sich damit schmückte und als ihren Erfolg ausgab. In Wirklichkeit ließ sie aber die Novemberrevolution blutig niederschlagen und kämpfte gegen die Errichtung einer sozialistischen Räterepublik.

Nach 1945 ist ohne Zweifel der gegen den Willen der IG Metall-Führung vier Monate andauernde Streik von über 34.000 Metallarbeiterinnen und -arbeiter in Schleswig-Holstein 1956/1957 zur Durchsetzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu nennen. Der Erfolg dieses Kampfes war, dass der kapitalistische Staat sich gezwungen sah, diese Forderung gesetzlich zu verankern. Und wiederum wurde dieser Erfolg als Errungenschaft des „Sozialstaats“ in Deutschland verkauft. Ja, was in Wirklichkeit Ergebnis eines vier Monate langen Kampfes war und ist, erscheint unter dem Einfluss der bürgerlichen „Sozialstaats“-Propaganda bis heute ein Merkmal dieses Staates selbst zu sein.

Die pseudo-linke Propaganda für „einen starken Staat“

Die pseudo-linken Ideologen propagieren und fordern als „Ausweg“ aus der jetzigen Krisensituation des Kapitalismus den „starken Staat“ und Verstaatlichung auf breiter Basis. DGB-Chef Sommer fordert: „*Wir brauchen einen starken Staat, der Regeln setzt und durchsetzt ...*“ (Rede von Sommer, 22.01.09, Berlin). Die pseudokommunistische D„K“P schwadroniert: „Berlin könnte die Krise als Chance begreifen, gänz-

lich neue Wege zu gehen“ (siehe den Kasten: D.,K.“P contra Lenin). Der Vorsitzende der Bundestags-Fraktion „Die Linke“ Lafontaine, der schon auf dem Gründungsparteitag dieser Partei betont hat „Wir sind die Partei des Sozialstaats“, lobt die SPD-CDU-Regierung und setzt sich für die Verstaatlichung von Großbanken im Kapitalismus als den „richtigen Weg“ ein:

„DIE LINKE hat die Große Koalition im Deutschen Bundestag aufgefordert, Großbanken zu verstaatlichen. Nachdem die Regierung Merkel der Commerzbank, die an der Börse nur noch rund 4 Mrd. Euro wert war, 18 Milliarden überwiesen hat, ohne sicherzustellen, dass diese Milliarden nicht in Steueroasen versickern, geht sie jetzt den richtigen Weg.“ (Zitiert nach: www.presseecho.de, „Verstaatlichung von Großbanken ist überfälliger Schritt“, 02.02.09)

„Richtiger Weg“?! – Die Milliardenbeträge, welche die Regierung dem Monopolkapital jetzt zukommen lässt, ebenso wie die eingeleiteten Verstaatlichungsmaßnahmen (wie z. B. der HRE-Bank), dienen einzig und allein der Stärkung dieses kapitalistischen Systems, der Stärkung des Monopolkapitals. Dies geschieht gerade auch, indem die Konzentration und Zentralisation des Monopolkapitals mit staatlicher Hilfe vorangetrieben wird. So wurden z. B. 18 Milliarden Euro Staatsgelder zur Verfügung gestellt, damit die Commerzbank die Dresdner Bank schlucken kann, wodurch die zweitgrößte Bank Deutschlands entsteht. Der mit staatlicher Unterstützung vorangetriebene Konzentrations- und Zentralisationsprozess ist kapitalistische Rationalisierung und bedeutet die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen, die weitere Steigerung der Massenarbeitslosigkeit.

„Starker Staat“ bedeutet Unterstützung des Militarismus

Ein weiterer Aspekt wird oft übersehen oder unterschätzt: Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht in engem Zusammenhang mit der **Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Kriege**. Denn eins ist klar: Imperialistische Kriege werden im Interesse der jeweils in einem Land herrschenden Monopolbourgeoisie von ihren Staaten mit ihren Armeen geführt. Staatsmonopolistischer Kapitalismus als Kriegsinstrument bedeutet, dass das Monopolkapital mit Hilfe seines ihm untergeordneten Staates verstärkt das gesamte für den Krieg notwendige „Potential“ des jeweiligen Landes zusammenfasst: Arbeitskräfte, Rohstoffe, Transportmittel usw. Wie die Erfahrungen bereits des Ersten Weltkriegs und des Zweiten Weltkriegs gezeigt haben, geht diese staatli-

che „Regulierung“ bis hin zu Zwangskartellen, zwangsweisen Betriebsschließungen, Aufbau großer staatlicher Rüstungsbetriebe, staatliche „Versorgung“ der kapitalistischen Betriebe mit Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern usw. Die Monopole brauchen den Staat gerade auch im Krieg als **Instrument zur Unterdrückung des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter**, um Ruhe im „Hinterland“ durchzusetzen gegen jeglichen antimilitaristischen Protest und Widerstand. Das ist eine zentrale Voraussetzung zur Führung imperialistischer Kriege.

Heute ist die Situation in Deutschland noch nicht wie im Ersten Weltkrieg. Aber besonders der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan wird von den deutschen Imperialisten benutzt, um die Mechanismen und Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter auf- und auszubauen und zu erproben (Koordination von Bundeswehr, Polizei, „Technischem Hilfswerk“, Krankenhäusern, Feuerwehr, Rüstungs- und „Civil“industrie). Dass es um weit mehr geht, nämlich um die Vorbereitung auch eines groß angelegten imperialistischen Krieges, das machen gigantische Rüstungsprojekte (es geht dabei um hunderte Milliarden Euro in den nächsten Jahren), der forcierte Aufbau eines flächendeckenden „Heimatschutzes“ sowie die immer weiter gesteigerte Militarisierung des ganzen gesellschaftlichen Lebens deutlich (verstärkte militaristische Propaganda der bürgerlichen Medien, öffentliche Gelöbnisse, Werbe- und Rekrutierungsfeldzüge der Bundeswehr, öffentlich geführte Diskussionen über „Ehrenmal“ und Orden für sogenannte „fürs Vaterland gefallene Soldaten“ etc.).

Damit wird klar, was es bedeutet, wenn die DGB-Fürsten, die pseudokommunistische D.,K.“P, die pseudolinke Partei „Die Linke“ heute einen „starken Staat“ fordern: **Jede Unterstützung der staatsmonopolistischen Maßnahmen, jede Befürwortung einer Stärkung des deutschen Staates stärkt die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus – und zu dem auch die Faschisierung des Staates im Inneren.**

Die Lüge vom „friedlichen Hineinwachsen“ des Kapitalismus in den Sozialismus

Aktuell wird die kapitalistische Krisensituation von den pseudolinken Staatspropagandisten für ihre Dreckspropaganda vom angeblich möglichen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ benutzt: Wenn der Markt „versagt“, wenn das System ohne massive Staatseingriffe nicht weiter kann, wenn der Staat sowieso schon das tut, was die „Sozialisten“ angeblich auch wollen, nämlich

D„K“P contra Lenin

In der Zeitung der D„K“P „Unsere Zeit“ heißt es: „Berlin könnte die Krise als Chance begreifen, gänzlich neue Wege zu gehen: nicht verschuldete Banken zu verstaatlichen, sondern die vermögenden Versicherungskonzerne, einschließlich der kommerziellen Renten-Träger.“ Ziel sei „der Umbau in eine moderne, den Menschen und seiner Mitwelt verpflichtete Gesellschaft“. (UZ, 27.02.2009)

Mit Phrasen wie, „die Krise als Chance“ und „Umbau“ wird klar, dass auch die D„K“P ekelhaften bürgerlichen Reformismus propagiert.

„.... zu den meistverbreiteten Irrtümern gehört die bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei schon kein Kapitalismus mehr, er könne bereits als ‚Staatsozialismus‘ bezeichnet werden und ähnliches mehr. (...) Die ‚Nähe‘ eines solchen Kapitalismus zum Sozialismus muss für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, dass man die Ablehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle.“

(Lenin, „Staat und Revolution“, 1917, LW 25, S. 456)

verstaatlichen, dann ist damit ein Anfang gemacht. Dann muss es nur noch gelingen, den Staat zu „demokratisieren“, ihn durch eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse zum Hebel der Entmachtung des Monopolkapitals, zum Hebel der „antimonopolistischen Demokratie“ zu machen, wie es z. B. die pseudokommunistische D„K“P in ihrem „Grundsatzprogramm“ propagiert. Das Ganze ist ein einziger großer Betrug. Ganz im Gegensatz dazu ist nötig:

Die Verteidigung sozialer Rechte, auch wenn sie staatlich festgeschrieben sind, muss als Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung vorangetrieben werden. Vergangene und auch gegenwärtige Erfolge in solchen Kämpfen sind Erfolge des Kampfs der Arbeiterinnen und Arbeiter und keineswegs Siege der „Verunft“ der herrschenden Klasse oder ihres Staats. Diese Erfolge ändern nichts an der entscheidenden Funktion dieses Staats, das kapitalistische System zu sichern. Schon Marx hat daraus aufgrund der Erfahrungen der Revolutionen und der Konterrevolutionen von 1848 richtig geschlussfolgert, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter diesen kapitalistischen Staatsapparat nicht übernehmen oder „umwandeln“ können, sondern **zerschlagen** und ihren eigenen revolutionären Staat errichten müssen (Marx bezeichnete diesen Staat als „Diktatur des Proletariats“), um wirklich in der Lage zu sein, den Kapitalismus zu vernichten. Daran hat sich durch die Entwicklung des Imperialismus, des monopolistischen Kapitalismus und auch durch Merkmale des staatsmonopolistischen Kapitalismus nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Den Imperialismus, den monopolistischen Kapitalismus zeichnet ja eine enorme Stärkung der kapitalistischen Staatsapparate aus.

Auf die konterrevolutionäre Propaganda des „friedlichen Wegs“ der pseudokommunistischen D„K“P antworten wir mit Lenin, den diese Pseudokommunisten hofieren, indem sie Lenin-Buttons verbreiten, ihn aber nur lesen, um ihn dann zu verfälschen. Lenin erklärte vor der Kommunistischen Internationale, dass in der Epoche des Imperialismus

„die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokatisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Konfiskation ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von unten bis oben, des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, kommunalen Apparats usw., bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Überwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche, Widerstand zu leisten und die kapitalistische Sklaverei wieder einzuführen – nur solche Maßnahmen sind geeignet, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu gewährleisten.“

(Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale“, 1920, LW 31, S. 174 f., Hervorhebungen von uns.)

9. November 1938:

Keinen Persilschein für den deutschen Imperialismus!

Am 9. November 2009 jährte sich zum 71. Mal das Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien – im Grunde ohne Ausnahme – die Zelebrierung des Jahrestags des sogenannten „Mauerfalls“ eindeutig favorisiert. Ohne große Diskussion wurde in der Praxis durchgesetzt, was seit Anfang der 90er Jahre in den bürgerlichen Medien und von bürgerlichen Politikern lanciert worden war, nämlich dass eigentlich der 9. November als „Tag des Mauerfalls“ zum sogenannten „Nationalfeiertag der Deutschen“ erklärt werden sollte.

Bekanntlich kam es zunächst anders und so mussten die Herrschenden vorerst mit dem 3. Oktober vorlieb nehmen. Denn Anfang der 90er Jahre war noch nicht opportun, was heute selbstverständlich ist: Sogar das heuchlerische staatsoffizielle Gedenken an das Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland 1938 ist 2009 nur noch eine Randerscheinung. Das ist eine Tatsache.

Aber was bedeutet das? Was hat das mit der aktuellen Debatte in Deutschland unter den sich links verstehenden Gruppen zu tun, die aus guten und schlechten Gründen darüber streiten, ob Geschichte eben Geschichte sei und ob das heutige Deutschland überhaupt noch etwas mit dieser „alten Zeit“ zu tun habe. Nachfolgend der Versuch, einige Aspekte und Argumente für diese Debatte zu entwickeln.

1. Wie im alten zaristischen Russland Ende des 19. Jahrhunderts wurden am **9. November 1938 im Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus Synagogen angezündet, jüdische Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen zerstört und die jüdische Bevölkerung gequält, gejagt, geprügelt, ja erschlagen. Über 100 Menschen wurden allein am 9./10. November ermordet. War das ein Rückfall des „modernen Deutschland“ ins Mittelalter? Oder etwa nur eine kurze Phase des Radau-Antisemitismus in Deutschland, von den Nazis inszeniert und anschließend weitgehend in die Schranken verwiesen, um den staatlich organisierten Antisemitismus bis hin zur Vernichtung voranzutreiben?**

Was folgte, war das staatlich organisierte, ideologisch und politisch betriebene, militärisch abgesicherte Programm des staatlichen Antisemitismus bis in die Gaskammern der Nazi-Vernichtungslager. Getragen wurde dieses nazifaschistische Programm nicht nur von der 1933 bis 1945 führenden politischen Kraft, der NSDAP. Getragen wurde dieses Programm auch von der herrschenden Klasse in diesem Land, der deutsch-imperialistischen Bourgeoisie, von der großen Masse des Militärs, ja in verschiedenen Abstufungen auch von der großen Masse der deutschen Bevölkerung. Das Programm des „Deutschland erwache!“ und „Juda verrecke!“ stützte sich in der Tat auf ein Heer williger Hel-

ferinnen und Helfer. Unvorstellbare antisemitische Grausamkeiten wurden verübt – in den Großstädten bis in die kleinsten Dörfer. Dahinter stand zunächst die Kriegsvorbereitung und dann der groß angelegte Krieg des deutschen Imperialismus, in dessen Verlauf dann auch die Nazi-Vernichtungslager errichtet und sechs Millionen Jüdinnen und Juden sowie schätzungsweise eine halbe Million Sinti und Roma vernichtet wurden.

2. Nach 1945 bildeten sich in verschiedenen Teilen der Gesellschaft einige, möglicherweise doch typisch deutsche Argumentationsmuster heraus, um sich der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zu entziehen:

Da war zunächst die Methode des Totschweigens. Das Motto „Und der Zukunft zugewandt!“ wurde zum Programm. Wenn – warum auch immer – eine Auseinandersetzung nicht zu vermeiden war, wurde behauptet, dass die Nazi-Zeit doch nur 12 Jahre gewesen seien und die deutsche Geschichte nicht darauf reduziert werden dürfe. Häufig wurde in diesem Zusammenhang dann noch hinzugefügt, dass es „so schlimm doch nicht“ gewesen sei, dass doch „nicht alles schlecht“ gewesen sei. Und überhaupt, so wurde relativierend vorgebracht, hätten andere Staaten schließlich auch in ihrer Geschichte Unrecht und Verbrechen begangen. In gewissem Gegensatz zu diesem relativierenden Argumentationsmuster steht die ebenfalls häufig bemüh-

te Formel, dass die Nazi-Zeit ja wirklich schlimm, sogar sehr schlimm gewesen sei, dass aber nun dieses Kapitel doch weitgehend aufgearbeitet worden sei. Heute jedenfalls, in der sogenannten „gefestigten Demokratie“, gebe es keinen aktuellen Bezug mehr.

3. In der Ablehnung dieser Argumentationsmuster herrscht bei den sich als links verstehenden, gegen das offizielle Deutschland eingestellten Kräfte weitgehend Einigkeit – zumindest in der Theorie. Aber worin besteht die Aktualität dieser Frage? Gibt es einen aktuellen Bezug zwischen der Beschäftigung mit der Zeit des Nazi-Faschismus und den aktuellen politischen Aufgaben? Hilft die theoretische Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus, um die heutige Gesellschaft Deutschlands und deren Zukunft besser zu verstehen? Inwiefern ja? Inwiefern nein?

4. Die Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten beantworten zumindest eine dieser Fragen richtig und klar: Die heutigen Nazis beweisen, dass die nazifaschistische Ideologie und die Realität nazistischen Mord- und Totschlags gegen Minderheiten, die bereits während des Nazi-Faschismus diskriminiert und verfolgt worden waren, keine Sache der Vergangenheit ist. Mehr als 100 Menschen wurden seit der Einverleibung der DDR durch den damals westdeutschen Imperialismus 1989 von Nazi-Mörtern erschlagen, verbrannt, ermordet. **Jede Bagatellisierung der real existierenden Nazi-Bewegung hat tödliche Konsequenzen.** Dagegen gilt der alte (leicht modifizierte) Satz: Trefft die Nazi-Faschisten, wenn ihr sie schlägt!

Wenn jedoch selbst diese selbstverständlichste aller Selbstverständlichkeiten aufgegeben wird, ist es nicht möglich, Teil einer fortschrittlichen, emanzipatorischen oder gar kommunistischen Bewegung zu sein – und sei es auch verklaußliert mit noch so hochtrabenden Verweisen auf den notwendigen Kampf gegen die Mehrwertproduktion, den Kampf „ums Ganze“ oder womit auch immer der notwendige Kampf gegen die heutigen Nazis und ihre Ideologie faktisch liquidiert wird.

5. Allerdings ist es auch richtig, dass die eigentlich noch wichtigere Frage des Kampfes „ums Ganze“ das Problem beinhaltet, ob und inwiefern insbesondere die heutige Gesellschaftsordnung, der heutige Staats- und Repressionsapparat in Deutschland aktuell und zukünftig mit der Realität der Verbrechen des Nazi-Faschismus in Zusammenhang steht. Es ist unbestreitbar, dass auf allen Ebenen des Staatsapparats ein Generationswechsel stattgefunden hat. Der heutige Staatsapparat des deutschen Imperialismus besteht nicht mehr aus den alten Nazi-Generälen, den

alten Nazi-Staatsanwälten, den alten Nazi-Politikern, den alten Nazi-Ideologen, die alle nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland weitermachen konnten, so als ob nichts geschehen wäre, und in der übergroßen Mehrheit niemals für ihre Nazi-Verbrechen verfolgt oder gar bestraft worden waren. Das ist wahr und unbestreitbar.

Aber was besagt das? **Wenn eine Generation der herrschenden Klasse an der Macht ist, die selbst keine HJ-Hosen mehr getragen hat, die selbst keine eigene Erfahrung mit dem nazifaschistischen System gehabt hat, hat sich das Problem dann automatisch biologisch erledigt?** Lassen wir mal einen Moment die Tatsache unberücksichtigt, dass es noch heute unter der Generation der 80 und 90jährigen etliche Nazi-Verbrecher gibt, deren Bestrafung ja nicht überflüssig geworden ist, sondern deren Bestrafung, wo immer es geht, unterstützt und gefordert werden muss. **Die zentrale Frage ist, ob in Zukunft einzelne, mehrere oder gar alle wesentlichen Mechanismen der nazifaschistischen Diktatur wieder an Bedeutung gewinnen können oder nicht.**

6. Die Analyse der Gründe, die 1933 in Deutschland zur Errichtung der nazifaschistischen Diktatur geführt haben, hat für die Beantwortung dieser Frage großes Gewicht. Auf zwei Aspekte soll besonders hingewiesen werden:

- Zum einen auf den Nazi-Faschismus als „Antwort“ der deutsch-imperialistischen Bourgeoisie auf eine revolutionäre, am Kommunismus orientierte Bewegung, die zerschlagen werden sollte.
- Zum anderen auf die rassistische und nationalistische Indoktrination der großen Masse der deutschen Bevölkerung.

Beide Aspekte bildeten für den deutschen Imperialismus die Voraussetzung, um 1939 einen zweiten Anlauf im Kampf um die Weltherrschaft zu unternehmen.

7. Nun ist in verschiedenen Publikationen, die die Bedeutung des Nazi-Faschismus für die aktuelle Situation behandeln, immer wieder davon die Rede, dass jene „ewig Gestirnen“, die von einer möglichen hochaktuellen Bedeutung des Nazi-Faschismus für die Zukunft Deutschlands ausgehen (gemeint sind kommunistische Kräfte), halt die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätten. Angeblich, so wird behauptet, ergebe sich aus der heute herrschenden internationalen „Globalisierung“, dass es keine Kriege mehr zwischen den imperialistischen Großmächten gebe. Die Kämpfe um Profit, um Maximalprofit würden heute angeblich friedlich ausgetra-

gen. Ein Land wie Deutschland, so heißt es weiter, müsse nicht mehr Frankreich, Belgien oder Polen überfallen. Heute würde das alles der Kapitalexport erleidigen.

Diese Propheten eines friedlichen Imperialismus arbeiten dabei mit einem **demagogischen Trick**: Sie unterstellen den kommunistischen Kräften, dass nicht von einer **möglichen** Entwicklung Deutschlands die Rede ist, die zu Krieg und Elementen der nazifaschistischen Diktatur führt. Vielmehr wird unterstellt, dass quasi eine **Gesetzmäßigkeit** aufgestellt würde, dass aus Kapitalismus Faschismus, aus dem deutschen Imperialismus der Nazi-Faschismus unvermeidlich hervorgehen müsse.

Eine solche Position wäre in der Tat unsinnig, denn eine historische Unvermeidlichkeit oder Zwangsläufigkeit – das ist ein Kernpunkt der kommunistisch-wissenschaftlichen Analyse – kann es im Hinblick auf den genauen Ablauf der politischen Entwicklungen nicht geben. Um es deutlich zu formulieren: **Die geschichtlichen Lehren geben nicht eindeutig vor, wie sich im einzelnen ein zukünftiges Deutschland entwickeln wird. Die Geschichte lehrt jedoch, zeigt jedoch, beweist jedoch, dass sehr real und nachvollziehbar plötzliche Wendungen in der Geschichte eines Landes eintreten können.**

Insbesondere die modernen Massenmedien ermöglichen es mehr und mehr, innerhalb von Wochen, ja von Tagen eine reaktionäre Massenmobilisierung, ja Massenhysterie zu erzeugen. Es können plötzlich kriegerische Operationen inszeniert werden, an die vorher niemand gedacht hat. Es können Repression und diktatorische Maßnahmen in einem heute unvorstellbaren Umfang auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Ein Bewusstsein von der Geschichte Deutschlands schließt ein Bewusstsein solcher massiven, unerwarteten, dramatischen Wendungen mit ein.

Die Möglichkeit der Aufhebung der formalen parlamentarischen Demokratie in einem Land wie Deutschland ist für die herrschende Klasse keine moralische, sondern eine rein taktische Frage. Die Ausrufung eines Notstandes ist eingeplant und genau vorüberlegt. Die Mobilisierung der Massen nicht nur für absurde Sport-Events, sondern auch für die Unterstützung kriegerischer Bundeswehr-Aktionen rückt Stück für Stück näher, wird denkbarer und real möglicher.

Auf diese Entwicklungsmöglichkeiten vorbereitet zu sein, eben nicht den Propheten der friedlichen Entwicklung, den Propheten des Vulgärmarxismus auf den Leim zu gehen, die behaupten, dass alle Probleme dieser Welt ökonomisch gelöst werden könn-

ten (wo doch die Rolle der Gewalt in der Geschichte überhaupt und in der Geschichte der letzten Jahrzehnte offensichtlich auf der Hand liegt) – das ist ein notwendiger Gesichtspunkt, wenn die Frage diskutiert wird, ob aus der Geschichte überhaupt gelernt werden kann und ob aus der Geschichte des Nazi-Faschismus Lehren gezogen werden können für heute.

8. Um dieses Problem genauer zu beleuchten, soll abschließend auch in theoretischer Hinsicht klargemacht werden, dass in der aktuellen Debatte zwischen den verschiedenen sich als links oder kommunistisch verstehenden Gruppierungen sehr viele Ebenen vermischt werden, so dass eine schwierige Gemengelage von richtigen und falschen Argumenten entsteht. Deshalb ist es hilfreich, sich klarzumachen, dass **folgende Ebenen** in den Debatten unterschieden werden müssen:

- Da ist zunächst die grundsätzliche ökonomische Charakterisierung der heutigen Gesellschaftsordnung in Deutschland als kapitalistisch.
- Der Streitpunkt ist nun, ob diese Gesellschaftsordnung in Deutschland auch als imperialistisch bezeichnet werden soll oder nicht, ob davon auszugehen ist, dass der deutsche Imperialismus mit seiner über einhundertjährigen Geschichte im weltweiten imperialistischen System nach zwei verlorenen Weltkriegen nach wie vor mit unterschiedlichen Mitteln danach strebt, die Schmach der vergangenen Niederlagen nicht nur ideologisch und ökonomisch aufzuheben, sondern auch real die übrigen imperialistischen Großmächte militärisch herausfordert mit einem erneuten, einem dritten Anlauf zur Eroberung der Weltherrschaft.
- Davon zu unterscheiden ist die aktuelle politische Einschätzung des staatlichen Systems in Deutschland, wobei die letzten 100 Jahre, das deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik, die nazifaschistische Diktatur und die heutige bürgerlich-parlamentarische Ordnung eben verschiedene Formen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, verschiedene Formen der Herrschaft des deutschen Imperialismus, eben verschiedene Staatsformen darstellen.

9. Wenn diese verschiedenen Ebenen auseinandergehalten werden, wird auch klar, dass die gegenseitigen Vorwürfe teils berechtigt, teils unberechtigt sind. Es wird klar, dass die einen nur vom Kapitalismus, aber nicht vom Imperialismus sprechen. Es wird klar, dass die anderen nur von Deutschland, aber nicht vom deutschen Imperialismus und schon gar nicht vom Weltimperialismus sprechen. In all den gegenseitigen Vorwür-

fen steckt einerseits eine gewisse Berechtigung, aber gleichzeitig eine gewisse Borniertheit.

Es geht „ums Ganze“. Das bedeutet, dass auf verschiedenen Ebenen Teilaspekte zusammen das Ganze, das Gesamtbild ergeben. Das bedeutet, dass ein Verständnis des Ganzen das Verständnis der Teilaspekte voraussetzt und der Kampf ums Ganze die Koordinierung der verschiedenen, gegen den deutschen Imperialismus, gegen die Verdrängung der Geschichte des Nazi-Faschismus, gegen Nazi-Terror, gegen kapitalistische Ausbeutung gerichteten Bewegungen erfordert.

Dabei geht es nicht um ein bloßes Nebeneinander verschiedener Teilaufgaben. Es geht auch nicht nur darum, dass der Kampf um keine einzige dieser Teilaufgaben allein ausreicht. **Vielmehr geht es letzten Endes darum, dass die Argumente für eine kommunistische Revolution mit all ihren Konsequenzen in der Geschichte des Kapitalismus, in der Geschichte des Imperialismus, in der Geschichte des deutschen Imperialismus und in der Geschichte des deutschen Nazi-Faschismus liegen.**

Die Argumente für die Notwendigkeit der kommunistischen Revolution liegen jedoch auch darin, dass es real möglich ist und insbesondere bei neuen Krie-

gen und Weltkriegen wahrscheinlich ist, dass die deutsch-imperialistische Bourgeoisie eine offen diktatorische Herrschaftsform errichtet.

Der Kampf gegen die Vertuschung, Verdrängung und Bagatellisierung des Nazi-Faschismus, der Verbrechen des deutschen Imperialismus beinhaltet den Kampf gegen die aktuelle Politik des deutschen Imperialismus.

10. Dieser Kampf beinhaltet eine klare Warnung vor all jenen großen und kleinen Propheten, die sich nur eine friedliche Entwicklung vorstellen können.

Hätten sie recht, wäre der deutsche Imperialismus einschließlich des Potentials einer nazifaschistischen Diktatur eine Sache der Vergangenheit. Das ist nicht der Fall. Es geht nicht nur um Ausbeutung und Repression, es geht um künftige gewaltsame kriegerische, polizeistaatliche, am Nazi-Faschismus orientierte Entwicklungen, auf die wir theoretisch und praktisch vorbereitet sein müssen. Das zeigt, ja beweist die Geschichte des deutschen Imperialismus und des deutschen Nazi-Faschismus in der Tat.

Flugblatt von Gegen die Strömung,
Oktober-November 2009

Der Staat zeigt sein wahres Gesicht, wenn sich die Kämpfe zuspitzen!

Der Staat ... keiner weiß so ganz genau, was das eigentlich ist, wo er anfängt und wo er aufhört. Dabei ist diese Frage von größter Bedeutung und keinesfalls so einfach, wie manche meinen, die sich „links“ fühlen. Für den Staatsschutz hingegen ist ziemlich klar, was er vor wem mit welchen Methoden zu schützen hat.

Was der Staat scheint (und wodurch der *Schein* erzeugt und variiert wird), welche *Erscheinungsformen* der Staat hat (und warum sie sich verändern), vor allem aber welche objektive Funktion der Staat in der Geschichte und in der Gegenwart hat und in der Zukunft haben wird, was also das *Wesen* jedes Staates ist, und welche Besonderheiten verschiedene Staaten in Geschichte, Gegenwart und Zukunft auszeichnen – all das, so unser Ausgangspunkt, lässt sich am besten untersuchen, diskutieren und klären, wenn nicht gerade die sogenannten ruhigen Zeiten, Zeiten ohne heftige Kämpfe betrachtet und analysiert werden, sondern Zeiten großer Auseinandersetzungen.

Verwirrung der Frage

Die ganze Frage nach dem Staat ist seit über 2.000 Jahren von Philosophen, Gelehrten und Schriftstellern verwirrt und in unübersichtlichen Debatten verschleiert worden. Der Staat – das sind wir alle ... hieß es in allen Variationen. Und vor allem, nicht nur Könige und Kaiser, sondern der Staat als Ganzes galten in der Geschichte bis hinein in die Neuzeit als eine göttliche Einrichtung.

Das Ausmaß dieser religiösen Vergötterung des Staates war in verschiedenen Zeiten und vor allem auch in verschiedenen Ländern durchaus unterschiedlich. Dennoch findet sich ein wissenschaftliches Herangehen an die Frage des Staates erst in der neueren Zeit und hier vor allem bei Karl Marx und Friedrich Engels. Erst jetzt wird die Frage des Charakters eines Staates, so gut es nach den damals vorliegenden Materialien gelingen konnte, mit der Geschichte der Entstehung des Staates in engem Zusammenhang diskutiert. Der Staat entsteht dort, wo es galt große Teile der Bevölkerung zu unterdrücken. Der Staat der Antike war ein Staat der Sklavenhalter, der Staat im Mittelalter war ein Staat der damals herrschenden Feudalklassen – so viel steht im Großen und Ganzen unstrittig heute fest.

Seit den bürgerlichen Revolutionen, vor allem seit der französischen Revolution 1789, wird die Staatsfrage in immer größerem Umfang diskutiert, verwirrt und bewusst verschleiert.

Die Gleichheit aller Bürger war proklamiert worden. Die Art und Weise des Funktionierens des nun entstandenen bürgerlichen Staatsapparates sollte, so die Theorie der französischen Aufklärer, nach dem Willen dieser Bürger ausgehandelt und in einem Ge-

sellschaftsvertrag, einer Verfassung, festgehalten werden. Das allgemeine Wahlrecht, das Demonstrationsrecht, die Pressefreiheit und nicht zuletzt das unverletzliche Recht auf Privateigentum (einschließlich – und das ist von besonderer Wichtigkeit – das Privateigentum an Produktionsmitteln) wurden als Kernstück dieser Verfassung angesehen. Die realen Einschränkungen liegen auf der Hand. Das zeigt sich allein schon daran, dass die Frauen aus dem allgemeinen Wahlrecht ausgeschlossen waren. Ab diesem Zeitpunkt ist die Frage des Staates vor allem eine Frage nach der Entstellung, dem Charakter und dem wirklichen Wesen des bürgerlichen Staats, vor allem des als „bürgerlich-demokratischen Rechtsstaats“ definierten Staates.

Zur Geschichte des bürgerlichen Staats in Deutschland

Erster Weltkrieg und Weimarer Republik 1914–1933

Erste Elemente eines bürgerlichen Staates mit einzelnen Bestandteilen einer parlamentarischen Demokratie bildeten sich in Deutschland nach den revolutionären Erhebungen 1848 und insbesondere nach den großen Erfolgen der damals noch revolutionären Sozialdemokratie im „Deutschen Reich“ ab 1870 Stück für Stück heraus. Bürgerlich-demokratische Formen wurden wieder eingeschränkt (12 Jahre Sozialistengesetz), dann wieder etwas ausgeweitet – ein ständiges Hin und Her.

Dass der Staat, wenn die Dinge sich zuspitzen, sehr massiv zuschlagen kann, zeigte sich besonders deutlich in der Zeit des Beginns des Ersten Weltkrieges. Verhaftungen, Presse-Verbot, kurz Kriegsrecht, setzen demokratische Rechte außer Kraft. Wie kompli-

ziert die Frage des Staatsapparats ist, zeigte sich ebenfalls in den ersten Monaten des Ersten Weltkriegs. Die Armee des deutschen Imperialismus, unstrittig Kernstück des Staatsapparats, wurde durch Millionen eingezogener Soldaten ausgedehnt, die durch Kaiser und die patriotisch umgefallene Führung der Sozialdemokratie verblödet und durch einen erstmals modern ausgebauten Propagandaapparat indoktriniert worden waren. Die Teilnahme am Raubkrieg gegen andere Länder wurde von der großen Mehrheit keinesfalls als Repression empfunden. Die Soldaten waren in dieser ersten Phase in großem Ausmaß bereit, für „Gott, Kaiser und Vaterland“ zu kämpfen und ihr Leben einzusetzen. Spätestens an dieser Stelle wurde klar, dass die Frage des Staats und insbesondere die Frage des Staatsapparats mehr umfasst als den klassischen Repressionsapparat Armee, Polizei und Gefängnisse.

Durch die Aufstände und Revolten gegen Ende des verlorenen Ersten Weltkriegs sowohl in breiten Teilen der einfachen Soldaten, aber auch von Arbeiterinnen und Arbeitern, wankte der teils bürgerliche, teils feudale kaiserliche deutsche Staat, aber er fiel nicht. Die herrschenden Klassen in Deutschland hatten genügend Manövriert-Spielraum, um mit einer Palette von Maßnahmen eine neue Form des bürgerlichen Staates in Deutschland zu befestigen. Der Staat der Weimarer Republik entstand durch eine Kombination von mörderischem Terror des funktionierenden Teils des Staatsapparates, den Teilen der Reichswehr und auch der bewaffneten Banden des Freikorps, durch Ermordung revolutionärer aufständischer Kräfte mit tatkräftiger Hilfe der konterrevolutionären SPD („Bluthund“ Noske), durch Zugeständnisse an die Forderungen der Aufständischen, die zum Teil auch real verwirklicht wurden, und durch leere Versprechungen auf die Zukunft. Dazu kam eine wirksam eingesetzte Propaganda gegen alle kommunistischen Kräfte. Der Staat der Weimarer Republik hätte sich nicht halten können, wenn nicht zusätzlich zu den „Argumenten“ der Gewehre nicht auch gewisse reale Zugeständnisse gemacht worden wären, eben Peitsche und Zuckerbrot gemeinsam regiert hätten. Die in der Verfassung von Weimar festgelegten Grundsätze des bürgerlichen Staates gingen in vielen Punkten über die Verfassung des kaiserlichen Deutschland hinaus. Die herrschenden Klassen wurden zu diesen Zugeständnissen vor allem auch durch den realen bewaffneten Kampf der kommunistisch orientierten Teile der Arbeiterklasse gezwungen. Wer das ausklammert, geht davon aus – bewusst oder unbewusst – dass die Geschichte keine Geschichte von Klassenkämpfen, sondern eine Geschichte lediglich der jeweils herrschenden Klassen ist.

Der neue Staat der Weimarer Republik war nicht so neu, wie der Anschein erweckt wurde. Er nahm geschickt auch die Tradition der bismarckschen Maßnahmen zur Beruhigung der Arbeiterbewegung auf und baute zudem den Apparat zur Beeinflussung der breiten Masse der Bevölkerung durch Propaganda, vor allem auch durch nationalistische Propaganda, aus.

Dass dieser bürgerliche Staat der Weimarer Republik keinesfalls den Schutz aller Bürger gleichermaßen garantierte, zeigte sich nicht nur in den ersten Jahren seines Bestehens, sondern auch in den vier letzten Jahren von 1929 bis 1933. Wenn es darauf ankam, verwandelte der bürgerliche Staat in Deutschland die formal anerkannte politische Gleichberechtigung aller Bürger in eine reale Ungleichberechtigung: Das Ausmaß der Verfolgung der kommunistischen Kräfte in den letzten Jahren der Weimarer Republik steigerte sich von Monat zu Monat, sowohl durch den Repressionsapparat des bürgerlichen Staates direkt, als auch durch die Massenorganisation der Nazi-Partei, der SA, auf der Straße. Das Ergebnis ist bekannt. Demokratische, revolutionäre und kommunistische Kräfte verloren den Kampf gegen das Bündnis des bürgerlichen Staatsapparates mit den zunächst neben diesem Staatsapparat existierenden bewaffneten Kräften der Nazis. Der Nazifaschismus dominierte den Staatsapparat und verwandelte die klassische Form der bürgerlichen Republik in den nazifaschistischen Staat.

Nazifaschismus 1933–1945

Aber auch der Staat des Nazifaschismus, der nun offensichtlich insbesondere in den ersten Jahren durch brutalsten Terror gegen demokratische und kommunistische Kräfte regierte, konnte nicht existieren und seinen Einfluss ausdehnen, ohne eine ganze Palette weiterer Maßnahmen zur Beruhigung und Beeinflussung der breiten Masse der Bevölkerung.

Projekte wie „Kraft durch Freude“, ein groß angelegter bisher noch nicht dagewesener Ausbau des Propagandaapparates sind auch in besonderer Weise Merkmale dieses Staatsapparats. Der Teil staatlicher Maßnahmen, die man auch als Werbekosten bezeichnen könnte, zerfiel in zwei Teile. Einmal reine Lügenpropaganda, leere Versprechungen. Dann aber auch Maßnahmen zur Einbindung, Bestechung und Anbindung an das Nazi-Regime. Hier wird deutlich, dass eine realistische Analyse der staatlichen Maßnahmen in der Nazi-Zeit sowohl die Repressionsmaßnahmen direkter Art wie physische Gewalt, KZ, Gefängnis und Mord umfassen muss, aber auch jenes breite Spektrum staatlicher Maßnahmen „indirekter Repression“, die als solche nicht so leicht zu erkennen war. Diese

staatlichen Maßnahmen wurden subjektiv von großen Teilen der Bevölkerung als positiv und angenehm empfunden. Die Erfolge der staatlichen Nazi-Propaganda und der realen staatlichen Maßnahmen, die aktiv in das Leben der Bevölkerung eingegriffen haben, können nicht bestritten oder schöngeredet werden. Die Realität der Nazi-Diktatur zeigt, wie erfolgreich der Nazifaschismus direkte Repression kombiniert mit auf Bestechung abzielender Sozialpolitik und wirkungsvoller propagandistischer Psychotechnik, Formen indirekter Repression, angewandt hat.

Der hier knapp dargelegte Gedanke lässt sich bei der Betrachtung der Kriegs- und Vernichtungspolitik des Nazi-Regimes vertiefen. Der Überfall des Nazi-Staats auf andere Länder zeigt, dass der Staat nicht einfach nur mit Repression gegen die eigene Bevölkerung vorgeht (was er auch tut und jederzeit verschärfen kann). Der Nazi-Staat benutzte sehr aktiv neben Betrug und Lüge eine materiell untermauerte Form der Theorie des „Gesundstoßens“ auf Kosten anderer Völker. Von den Raubkriegen und Raubzügen der Nazis profitierte zumindest zeitweise nicht nur eine kleine Oberschicht der Arbeiterklasse (die Arbeiteraristokratie), sondern große Teile der Bevölkerung durch eine Sozialpolitik von Urlaubsreisen bis Winterhilfswerk. Ein Vorgang den Brecht treffend charakterisierte: „... aus Oslo ... das Kräglein aus Pelz, aus Paris ... das seidene Kleid ...“ (Ein besonderes Problem ist zusätzlich die Erzeugung eines Rassenwahns gegen Teile der Bevölkerung in Deutschland, die jüdische Bevölkerung, die Sinti und Roma und gegen die Sinti und Roma und die jüdische Bevölkerung in ganz Europa. Deren Diskriminierung, Beraubung und Vernichtung ist ein ganz besonderes Kapitel nicht nur der Verbrechen des Nazi-Faschismus, sondern auch der Indoktrination der sogenannten „Rassenüberlegenheit der Deutsch-Arier“ – was hier nur angedeutet werden kann.)

Der Nazi-Faschismus, der auch die Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung in Deutschland verschärfte, konnte diese Tatsache in Kriegszeiten durch die Ausbeutung anderer Völker weitgehend verschleieren. Es war eine echte Schwierigkeit für die kommunistischen Kräfte, dass die materielle Lage breiter Teile der Bevölkerung in Deutschland sich nicht vor dem 8. Mai 1945, sondern erst nach der Niederlage des Nazi-Faschismus massiv verschlechterte bis zum Hunger.

BRD ab 1949

Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland entstand nicht im luftleeren Raum. Die Verwirrung der Frage, was der Staat ist, wie er sein müsste oder nicht

sein darf, wurde nun noch mehr, insbesondere im Zusammenhang mit dem antikommunistischen Feldzug gegen die sozialistische Sowjetunion vorangetrieben. Die Ideologie von Freiheit und Demokratie, die Ideologie der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Gleichsetzung des Nazi-Faschismus mit dem Kommunismus, kurz die heutige staatstragende Ideologie der BRD, hat mit der Schaffung des Grundgesetzes einen wesentlichen Einschnitt erhalten.

Der Staat der Bundesrepublik Deutschland orientierte sich zwar formal an der Verfassung der Weimarer Republik, ging aber sowohl im Grundgesetz als auch in der Realität hinter die Weimarer Republik zurück. Das bis heute nicht aufgehobene Verbot der KPD 1956 ist da nur ein Punkt (siehe dazu genauer unser Flugblatt „60 Jahre Grundgesetz: Den Heiligschein des Grundgesetzes zerschlagen!“, Juni–Juli 2009). Auch in dieser Zeitspanne zeigt sich bis heute, dass der Staatsapparat ein Apparat ist, der jederzeit bei sich verschärfenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen bereit ist, Polizeikräfte skrupellos einzusetzen und dies auch präventiv vorbereitet. Hier nur die wichtigsten Einschnitte bis heute in Kürze:

- Massenhafter Polizeiterror gegen die Kämpfe gegen die Remilitarisierung Anfang der 50er Jahre bis hin zum Mord an Philipp Müller durch die deutsche Polizei;
- 150.000 Ermittlungsverfahren und Tausende Verurteilungen zwischen 1951 und 1968 im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot;
- Die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968, die legale Grundlage für die Beseitigung sämtlicher demokratischer Rechte;
- Das Verbot von GUPS/GUPA (der palästinensischen Studenten- und Arbeiterorganisationen) 1972 sowie von Devrimci Sol und Halk Der (Organisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Türkei) 1983;
- Offene Erschießungen auf der Straße, Isolationshaft und die „Selbstermordungen“ in deutschen Gefängnissen (Stammheim 1977) gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer der RAF in den 70er und 80er Jahren;
- Polizeiterror gegen revolutionäre kurdische Kämpferinnen und Kämpfer aus der Türkei Anfang der 90er Jahre;
- Polizeiterror gegen die Kämpfe gegen den G-8 Gipfel in Rostock bis hin um Einsatz der Bundeswehr.

Bei zehntausenden von Abschiebungen mit physischer Gewalt demonstrierte und demonstriert dieser Staat, was er kann und leistet.

Bis heute zeigt dieser Staat auch, dass er aus der Geschichte aller bürgerlichen Staaten, aus der Geschichte des deutschen Staatswesens der letzten 150 Jahre gut gelernt hat. Zuckerbrot und Peitsche – reale Gewaltanwendung und Androhung von Gewaltanwendung, das ist der Boden, auf dem gleichzeitig und kombiniert damit neben ideologischer Psychotechnik auch reale staatliche Maßnahmen ergriffen werden, die zumindest in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland subjektiv von der Masse der Bevölkerung als angenehm und gut empfunden wurden – aktuell von der „Abwrackprämie“ bis zur Erhöhung des Kindergeldes.

Systematische Überlegungen zur Frage des Staats

Der Staat im Kapitalismus ist unserer Meinung nach zweifelsfrei ein **Klassenstaat**, der Staat des Kapitals, der **Staat zur Organisierung von Ausbeutung und Unterdrückung und das Instrument der Konterrevolution**, wenn es dann zu revolutionären Erhebungen kommt. Der geschichtliche Überblick, die Kenntnis über die Entstehung von Staaten in der Geschichte der Menschheit bis zum Kapitalismus als auch das Wissen über die Rolle des Staats in der Zeit des Kapitalismus ist unerlässliche Grundlage für das Verständnis dieser Tatsache. Das reicht jedoch nicht aus. Eine weitere unerlässliche Aufgabe ist es, die in den letzten Jahrzehnten praktizierten Manöver sowie die in den zukünftigen Jahrzehnten existierenden Manöver der herrschenden Klasse zur Verschleierung des Charakters des Staats gestützt auch auf aktuelle Analysen systematisch zu entlarven. Das schließt ein: Infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärken vor allem die Staaten der imperialistischen Großmächte ihren militärischen Apparat, wird eine immer umfassendere, staatlich organisierte Militarisierung vorangetrieben, die große Bevölkerungssteile zunehmend in ihre Pläne und Maßnahmen der Kriegsvorbereitung „einbezieht“, von den Schulen über die Betriebe bis zu Krankenhäusern. Das ist keine Frage des Glaubens.

Bestandteile des Staatsapparats

Wenn Nicht-Marxisten den Vulgärmarxisten/Pseudomarxisten vorwerfen, dass sie gebetsmühlenartig immer und immer wieder wiederholen, dass der Staat „ein Staat der Banken sei“, dann entsteht eine weitere Komplikation. Beiden Seiten erscheint es unwichtig, was eigentlich der **Hauptbestandteil des Staats** ist, nämlich der Repressionsapparat im eigentlichen Sinne: **Armee, Polizei und Gefängnisse**. Dass dies der Hauptbestandteil des Staats ist, zeigt sich in Ansätzen, wenn es kracht, wenn es militante Auseinandersetzung

gen gibt auch heute, in vollem Ausmaß aber erst bei wirklich revolutionären Erhebungen. Die Klarstellung dieses Punktes erscheint uns wesentlich, um realistisch den Klassencharakter dieses Staats erklären zu können. Die anderen Bestandteile des Staatsapparats verdienen eine besondere Betrachtung.

Weitgehend unstrittig ist, dass neben dem direkten Repressionsapparat ein **direkter Lügenapparat mit Mechanismen des Betrugs, der Verleumdung und Irreführung** entstanden ist, der nach den Richtlinien modernster wissenschaftlicher Forschung arbeitet. Dieser Apparat arbeitet mehr mit Halbwahrheiten, Aussassungen und faulen Akzentverschiebungen als mit hundertprozentigen Lügenmärchen, auf die er allerdings auch nicht vollständig verzichtet. (Das lässt sich anschaulich z. B. an dem Bundeswehr-Massaker in Afghanistan in allen Facetten erläutern; siehe dazu unser Flugblatt „Bundeswehr-Massaker in Afghanistan“, September 2009.)

Den wichtigsten und strittigsten Punkt bildet die Frage, inwieweit der bürgerliche Staat real Rechte aller Bürgerinnen und Bürger garantiert und größtenteils durchsetzt, die vor allem das soziale Leben bestimmen. Diese Frage ist so kompliziert, weil zwei sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Aspekte aufeinander stoßen. Einerseits sind die in den Gesetzen des bürgerlichen Staats festgelegten Regeln zum Schutz von Werktätern das Ergebnis einer weltweiten Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Es sind erkämpfte Zugeständnisse, die über Jahrzehnte ständig ausgehöhlt, zurückgenommen und pervertiert werden. Andererseits enthalten alle diese Gesetze auch gerade weil und insofern sie real wirksam sind, den Charakter von oftmals keinesfalls billigen Betrugsmöglichkeiten und Werbemaßnahmen. Diese Manöver und Maßnahmen dienen dazu, den Ausgebeuteten einzureden, dass dieser Staat doch ihr Staat sei, der ihnen ihre Rechte garantiert, sichert und diese wiederherstellt, wenn sie verletzt wurden. Durch diesen Doppelcharakter solcher Gesetze und Maßnahmen des „Sozialstaats“ haben scheinbar beide Recht und Unrecht zugleich: Alle, die einseitig nur darauf hinweisen, dass es sich lediglich „um Erfolge der Arbeiterbewegung handelt“ und alle, die einseitig nur darauf verweisen, dass es sich lediglich um ein von der herrschenden Klasse ausgetüfteltes Betrugsmöglichkeit handelt. Jede einzelne Maßnahme in jedem kapitalistischen Staat hat ihre eigene Geschichte. Dabei steht mal der erste, mal der zweite Aspekt im Vordergrund. Um es aktuell zu verdeutlichen, worum es uns geht, nehmen wir den gewichtigsten staatlichen Eingriff in das soziale Leben der BRD nach 1949: Hartz IV.

Sicherlich ist im Unterschied zu manch anderen Ländern bei Hartz IV noch spürbar, dass Erwerbslosen ein minimalstes Minimum zum Leben und Überleben erhalten werden soll. Dennoch ist deutlich, dass hier staatlich organisiert ein großer Rückschritt eingeleitet und mit einem gigantischen staatlichen Überwachungsprogramm kombiniert wird. An diesem Beispiel kann auch deutlich gemacht werden, dass mehrere Millionen in Hartz IV zynisch als „Kunden“ bezeichnete Menschen (in der Masse erwerbslose Angehörige der arbeitenden und ausgebeuteten Schicht) nicht einfach nur „verstaatlichte Individuen“ sind, die dankbar monatlich ihren Hartz IV-Betrag mit Lobliedern auf den Staat in Empfang nehmen, auch wenn sie im Einzelfall ans staatliche Recht appellieren, wenn es zu Schikanen in einzelnen Behörden kommt. Genau hier zeigt sich der Doppelcharakter im Detail. Die im wahrsten Sinne des Wortes von der Sozialpolitik des Staats Getroffenen werden einerseits durch ständige zusätzliche Verletzungen ihrer Rechte provoziert mit Hilfe dieses Staats ihr Recht einzuklagen, so dass der Anschein erweckt wird, dass dieser Staat ihr Staat sei. Andererseits existiert auch real die Möglichkeit, dass die von dieser Sozialpolitik Getroffenen mehr und mehr Wut und Hass gegen diesen Staat durch eigene Erfahrung und in der eigenständigen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Kritik an dieser Gesellschaftsordnung und diesem Staat entwickeln, dass sie mehr und mehr diese Manöver durchschauen, die innere Bindung an diesen Staat mehr und mehr verlieren und sich gegen diesen Staat wenden, der sein wahres Gesicht zeigen wird, wenn sich Klassenkämpfe zuspielen: dieser Staat ist in erster Linie ein Repressionsapparat der hier herrschenden kapitalistisch-imperialistischen Bourgeoisie.

Funktionen des kapitalistischen Staats

Der kapitalistische Staat hat also mehrere Funktionen nach „Innen“, die in der Realität kombiniert eingesetzt werden und vereinfacht so beschrieben werden können:

- Zum einen werden die Ausgebeuteten durch Lug und Betrug, durch leere Versprechungen und hohle Worte versucht ruhig zu stellen. Das ist sozusagen die billigste Methode.
 - Wenn das nicht funktioniert, versucht man den Kämpfen die Spitze abzubrechen. Es wird versucht, durch Gesetze, soziale Politik und Erlasse, die Kämpfe abzuwürgen, wieder Ruhe herzustellen – den Gewerkschaftsfürsten sei Dank. Das kann schon einiges kosten.
 - Wenn auch das nicht funktioniert, dann treten die hauptsächlichen Organe des Staats in Aktion, der Notstand wird ausgerufen und die bewaffneten Kräfte des Staatsapparats beweisen, dass die politische Macht aus den Gewehrläufen kommt.
- * * *
- Wenn im Prozess der Klassenkämpfe Lug und Betrug, Zugeständnisse und auch Kugeln nicht mehr helfen, wenn also auch Armee und Polizei nicht hilft, wenn die Mehrheit „der da unten“ wirklich den Kapitalismus vernichten und seinen Staat zerschlagen will und dies auch erfolgreich tut, dann ist das eben eine sozialistische Revolution. Auch hier geht es nicht darum, daran zu glauben oder nicht daran zu glauben, dass das möglich ist. Es geht auch nicht darum, sich vorrangig darüber zu streiten, wie der heutige Bewusstseinstand der Arbeiterklasse ist (die weder in ihrer Mehrheit revolutionär gesinnt ist noch alle bis zur letzten Frau „verstaatlichte Individuen“ sind). Auch hier gilt gegen die verfluchten Pauschalurteile und primitiven Verabsolutierungen herauszuarbeiten, dass auch der Staat an der Tatsache nichts ändern kann, dass Ausgebeutete und Unterdrückte eben ausgebeutet und unterdrückt sind und wirkliches **Potential** in sich tragen, Ausbeutung und Unterdrückung zu zerschlagen.
- Es geht darum, dass durch die Verschärfung aller Konflikte des Kapitalismus (mit noch nicht absehbaren Rückschlägen und Niederlagen, aber auch Erfolgen und Siegen) die Masse der Ausgebeuteten die sozialistische Revolution durchführen werden, weil die Dramatik der Umstände und die eigenständige Auseinandersetzung mit der kommunistischen Kritik am Kapitalismus zeigen, dass es keine Alternative zur sozialistischen Revolution gibt.

Flugblatt von Gegen die Strömung,
Dezember 2009

**Dokumente der 3. Parteikonferenz
von "Gegen die Strömung" (2004)**

Prüfsteine

Programmatische Grundsatzerkärung:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats
und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und die proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt



196 Seiten, A 5, 5 Euro

Es geht nicht nur um Sarrazin!

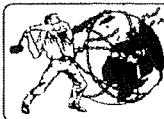
- „Konsequent durchgesetzter Arbeitszwang“
- Sarrazins anti-islamische und anti-muslimische Hetze in der Pose des deutschen Herrenmenschen
- Eugenik, Herrenmensch-Ideologie, Antikommunismus

Preis: 1 Euro

Vier Stellungnahmen von Gegen die Strömung zur „Sarrazin-Debatte“, 32 Seiten, A 5, 1 Euro

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10 Euro

Politische Stellungnahmen 2009 - 2010

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung

198 Seiten, A 4, 10 Euro

In 2011 erschienene Flugblätter (Auswahl)

- 1–2/11: Militante Proteste in Ägypten und anderen Staaten und die Manöver der imperialistischen Großmächte und reaktionären Kräfte in diesen Ländern. Solidarität? Solidarität!
- 4/2011: 8. März 1911 – 2011: 100. Jahrestag des internationalen Kampftags zur Befreiung der Frauen: Zur Realität von Gewalt gegen Frauen in Deutschland
- 6–7/11: Zur Pariser Kommune von 1871: Die Bedeutung des Aufstands des Pariser Proletariats 1871
- 8/11: Die Imperialisten haben nicht alles im Griff. Militanter massenhafter Aufruhr in der Hauptstadt Englands
- 9–10/11: Weltweite Demonstrationen gegen zunehmende Vereelung und kapitalistische Raubgier! Die mörderische Realität des imperialistischen Weltsystems schreit nach der Vernichtung des Imperialismus und Kapitalismus, nach dem Aufbau des Kommunismus!

Diese Stellungnahmen sowie der Aufruf von Karl Marx von der Rückseite als Plakat sind zu behieben über: Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Main

Inhaltsverzeichnis

1. Aufrufe zum 3. Oktober 2011	3
Aufruf des Antifa AK Köln, der autonomen antifa [f] und anderer Kritik am Aufruf des Antifa AK Köln u.a.	4
Aufruf von „IMAGINE THERE'S NO DEUTSCHLAND“	7
Kritik am Aufruf „Imagine there's no Deutschland“	15
2. Aufruf gegen das „Jubiläumsjahr“ 2009	16
Aufruf des ... ums Ganze-Bündnisses“: „Staat.Nation.Kapital.Scheisse!“	17
Kritik am Aufruf des „... ums Ganze“-Bündnisses	19
3. Vertiefung der Kritik: Drei grundsätzlichere Stellungnahmen	24
Kampf den Ideologen des staatsmonopolistischen Kapitalismus!	24
„Vater Staat soll's richten“!?	25
9. November 1938: Keinen Persilschein für den deutschen Imperialismus!	29
Der Staat zeigt sein wahres Gesicht, wenn sich die Kämpfe zuspitzen!	33

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je:

★ Krieg den ★ deutschen Zuständen!

„Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehn **unter dem Niveau der Geschichte**, sie sind **unter aller Kritik**, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des **Scharfrichters** bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr **Feind**, den sie nicht widerlegen, sondern **vernichten** will. (...)

Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen. Man muss den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewusstsein des Drucks hinzfügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. Man muss jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als den **Schandfleck*** der deutschen Gesellschaft schildern, man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt.“

(Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, 1844, Marx-Engels-Werke Band 1, S. 380 f.; * im Original: die *partie honteuse*)